

## Ostmärkische Tageszeitung



## Anzeiger für Stadt und Land

Ausgabe täglich abends mit Ausschluß der Sonn- und Festtage. — Bezugspreis für Thorn Stadt und Vorstädte frei ins Haus vierteljährlich 2,25 Mk., monatlich 75 Pf., von der Geschäfts- und den Ausgabestellen abgeholt, vierteljährlich 1,80 Mk., monatlich 60 Pf., durch die Post bezogen ohne Zustellungsgebühr 2,00 Mk., mit Bestellgebühr 2,42 Mk. Einzelnummer (Belageremplar) 10 Pf.

Anzeigenpreis die 6 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 15 Pf., für Stellenangebote und -Geuche, Wohnungsanzeigen, An- und Verkäufe 10 Pf., für amtliche Anzeigen, alle Anzeigen außerhalb Westpreußens und Polens und durch Vermittlung 15 Pf., für Anzeigen mit Platzvorschrift 25 Pf., im Reklameteil kostet die Zeile 50 Pf., Rabatt nach Tarif. — Anzeigenaufträge nehmen an alle soliden Anzeigenvermittlungsstellen des In- und Auslandes. — Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle bis 1 Uhr mittags, größere Anzeigen sind tags vorher aufzugeben.

(Thorner Presse)

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Rathsarinenstraße Nr. 4.  
Fernsprecher 57  
Brief- und Telegramm-Adresse: „Presse, Thorn.“

Thorn, Freitag den 29. April 1910.

Druck und Verlag der C. Dombrowski'schen Buchdruckerei in Thorn.  
Verantwortlich für die Schriftleitung: Heinz Wartmann in Thorn.

Zusendungen sind nicht an eine Person, sondern an die Schriftleitung oder Geschäftsstelle zu richten. — Bei Einwendung redaktioneller Beiträge wird gleichzeitig Angabe des Honorars erbeten; nachträgliche Forderungen können nicht berücksichtigt werden. Unbenutzte Einwendungen werden nicht aufbewahrt, unverlangte Manuskripte nur zurückgeschickt, wenn das Postgeld für die Rücksendung beigefügt ist.

### Südwest und Reichstag.

Die Würfel sind gefallen. Herr Dernburg hat noch einmal einen Sieg zu verzeichnen, einen Sieg, wie er ihn allerdings noch nie erlebt hat. Herr Dernburg hat zu guter Letzt, nachdem es ihm eben noch mit Mühe gelungen war, die Kriegsteueranträge der wirtschaftlichen Vereinigung zu Falle zu bringen und zwar mit nur 12 gegen 11 Stimmen, und nachdem der Vorsitz der Kommission Frhr. von Camp, inbetreff der Feststellungen des Kolonialsekretärs, durch welche das Vorhandensein der Hoheitsrechte der Kolonialgesellschaft bestritten wurde, sich veranlaßt sah, die Ausführungen des Staatssekretärs als ungläubhaft zu erklären, noch eine Mahnung mit auf den Nachhauseweg bekommen, welche nicht gerade sehr erfreulich wirken dürfte. Die Budgetkommission hat erklärt, sie übernehme keine Verantwortung für den Abschluß der Verträge mit der deutschen Kolonialgesellschaft — das ist ein Mißtrauensvotum, wie es der Herr Staatssekretär des Reichskolonialamtes noch nie erhalten. Allerdings wird sich niemand, der den Vorgängen mit Sachkunde gefolgt ist, über dieses Ergebnis gewundert haben. Der Herr Staatssekretär hat in Form und Inhalt bei seinen Reden innerhalb der Kommission seine Position selbst aufs schwerste gefährdet. Wiederholt hat er es sich gefallen lassen müssen, daß Anträge gestellt wurden, welche im Grunde genommen auf dasselbe hinauslaufen, was die Feststellung des Vorsitzers der Kommission bezüglich der Behauptungen des Staatssekretärs über die Hoheitsrechte der Kolonialgesellschaft bezweckten. Der Antrag, die Reden des Staatssekretärs über den Gegenstand zu veröffentlichen, das Gutachten des Reichsjustizamtes über die Rechtsfragen zu veröffentlichen und schließlich auch seine Erklärungen über die neuen Abmachungen mit der Kolonialgesellschaft im Wortlaute vorzulegen, das sind Mißtrauenskundgebungen, wie sie wohl selten, ja unres noch nie so einhellig einem hohen deutschen Würdenträger im Reichstage bereitet worden sind. Es ist dem Staatssekretär sehr übel vermerkt worden, daß er in seiner Antwort auf die Rechtfertigung des Bürgermeisters Kreplin in Lüderichsbuch, den er vor dem Reichstage ohne Not und ohne jede amtliche Unterlage schwerer Verfehlungen zieh, und der zu seiner Verteidigung ein amtliches Zeugnis vorbrachte, Worte und Wendungen gebrauchte, welche wohl unter seinen ehemaligen Kollegen von der Großfinanz üblich sein mögen, sich aber im Munde eines Staatssekretärs recht merkwürdig ausnehmen. „Der Herr hat eine merkwürdig zarte Haut, eine merkwürdig feine Epidermis“ — als ob ein Feldwebel, der seinem Kaiser in Krieg und Frieden treu gedient hat, und der sogar das Zeug zu einem ganz ausgezeichneten Diamantenminendirektor hat, in Sachen Ehrgefühl nicht so anspruchsvoll sein könnte und dürfte, wie irgend jemand anders! Das sind doch Wendungen, die wenig sympatisch berühren, und die zur Evidenz beweisen, daß der Herr Staatssekretär des Reichskolonialamtes wenig Verständnis für die Art unserer Kolonisten, die ihm bedingungslos preisgegeben sind, besitzt. Wenn er sich gegen den Vorwurf wehrt, voreingenommen zu sein, einseitig zu regieren, so ist diese eine Tatsache allein schon genügend, um ihn zu widerlegen.

Der Streit ist vorläufig zuende. Der Vertrag mit der Kolonialgesellschaft ist fertig, die Verwaltung hat triumphiert. Die Kriegsteuer ist gefallen, vermutlich wird aber der Gedanke im Plenum des Reichstages wieder aufgegriffen werden. Hoffentlich fängt es der Herr Abgeordnete etwas vorsichtiger an und läßt sich von vornherein eine Mehrheit. Man darf auf die weitere Entwicklung des Streites gespannt sein, denn es handelt sich letzten Endes um nichts anderes, als um die Frage, ob Südwestafrika, unsere beste Siedlungskolonie, ein Tummelplatz für Berliner Spekulantenther ein Feld der Betätigung trotziger deutscher

Anfiedler sein und bleiben soll. Einem zweiten ähnlichen Sieg wird sich der Staatssekretär sicherlich wünschen.

### Mit der Geschäftsleitung des Hansabundes

beschäftigt sich eine Zeitschrift an die „Kölnische Volkszeitung“, in der es u. a. heißt: „In den Kreisen der Mitglieder des Hansabundes besteht die lebhafteste Mißstimmung über die Art, wie die Bundesgeschäfte geführt werden: eine Mißstimmung, die in sehr zahlreichen Fällen den Anlaß zum Austritte aus dem Bunde bildet. — Die Zahl derer, die in der ersten Begeisterung eingetreten sind, aber nicht daran denken, ihren Beitrag auch für das Jahr 1910 zu zahlen, ist in den meisten Ortsgruppen sehr groß, in manchen so groß, daß diese Zweigvereine als tatsächlich wieder eingeschlafen zu betrachten sind. Die Mißstimmung ist der Geschäftsführung wohlbekannt und wird sich aller Voraussicht nach sehr bald in öffentlichen Versammlungen mit elementarer Gewalt Luft machen. Die Hauptursache dieses unerquicklichen Zustandes liegt in der Unfähigkeit der Geschäftsführung. Weder der Direktor des Bundes, Oberbürgermeister a. D. Knobloch, noch der eigentliche und tatsächliche Geschäftsführer, der seit dem Juli oder August v. Js. ad hoc beurlaubte königlich preussische Regierungsassessor Dr. Kleefeld, der Schwager des nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Dr. Stresemann, hat bis zum Eintritte in die Leitung des Hansabundes mit den Dingen, um die es sich hier handelt, also mit wirtschaftlichen Fragen, mit Vereinsagitation, Veranstaltung von Vorträgen und Versammlungen, Verhandlungen mit politischen Parteien und wirtschaftlichen Verbänden, Vorbereitung von Wahlen usw., jemals auch nur das geringste zu tun gehabt. Gleichwohl bezieht Herr Knobloch jährlich 40 000 Mark, Herr Kleefeld (der erst wenig über 30 Jahre alt ist) 15 000 Mark. Wenn die hierüber unterrichteten Bundesmitglieder mit einer solchen Verwendung der zu einem ansehnlichen Teile von Kleingewerbetreibenden und Handlungsgehilfen aufgebrauchten Mitgliedsbeiträge nicht ganz einverstanden sind, so wird das niemanden wundernehmen. Mir und vielen anderen kommt es geradezu lächerlich vor, daß ein Verband, der „für Gewerbe, Handel und Industrie“ geschaffen ist, seine Geschäftsführung nicht Angehörigen dieser Erwerbsstände oder wenigstens in wirtschaftlichen Dingen erfahrenen Männern, etwa früheren Syndici von Handelskammern und wirtschaftlichen Verbänden, sondern den beiden Verwaltungsjuristen Knobloch und Kleefeld anvertraut. Der erste verfügt immerhin über eine gewisse Verwaltungspraxis und Erfahrung, das kann aber das Fehlende nicht ersetzen. Der völlige Mangel einer großen und schwierigen Aufgaben des Bundes vermöge wirklicher Sachkenntnis gewachsenen Kraft macht sich sehr schmerzhaft fühlbar. Gleich mir haben schon mehrfach Mitglieder des Direktoriums des Gesamtausschusses und der Ortsgruppenvorstände ihre lebhafteste Unzufriedenheit mit der Geschäftsführung offen zum Ausdruck gebracht. Da es nichts geholfen hat, wäre es nur erwünscht, wenn die Unzufriedenheit in der Öffentlichkeit zur Sprache kämen, da der Hansabund ja Bedürfnissen der Allgemeinheit dienen soll.“ — Dazu bemerkt die Berliner demokratische „Volkszeitung“: „Diese Ausführungen geben nur wieder, was tatsächlich in den Kreisen der Gewerbetreibenden und Kaufleute in bezug auf die Geschäftsführung des Hansabundes und die dort geübte Geldverschwendung gesprochen wird.“

### Aus dem Reichstage.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)  
Berlin, 27. April.

Unserer Großstadtjugend ist wenig mehr heilig. Die Mißachtung der Autorität jeder Form hat sich nur zu schnell vererbt. Nur der Graubart, der vielleicht heute ein Bild geistiger und körperlicher Gebrochenheit am Krückstocke durch die Straßen schleicht, dessen Brust aber das Kreuz von Eisen ziert, macht noch

immer eine Ausnahme. Freiwillig beugt sich vor ihm jung und alt, mit Fingern zeigt sogar der rote Nachwuchs auf ihn und sein Ehrenzeichen. Und wenn er gar erzählt von den herrlichen Waffentaten, die er vor mehr als einem Menschenalter dort im Westen des Wasgenwaldes mit vollbrachte, dann lauscht alles atemlos — vor diesem schlichten Heldentume macht selbst die sozialdemokratische Verhekung halt. Das natürliche Gefühl, das in uns Deutschen schlummert, die Achtung vor dem Helden, wird nie ganz zu unterdrücken sein. Und so ist es kein Zufall, sondern ein rein psychologisches Moment, wenn man heute aus der roten Reichstagsede sogar so eine Art Begeisterung klingen hörte, als man in dritter Lesung sich mit der Fürsorge der Veteranen beschäftigte. Allerdings kam hierzu auch noch ein anderes rein politisches Element, die Frage der Deckung der Kosten, welche die Veteranenfürsorge beansprucht.

Dieses widerwärtige Buhlen um die Volksgunst, wie man es heute von der linken Seite des Hauses wahrnahm, dieses Hineinzerren einer so hohen patriotischen Aufgabe in den Parteisumpf macht einen wenig erfreulichen Eindruck. Die Schuld daran, daß die Deckungsfrage zu Parteizwecken gerade bei dieser Angelegenheit ausgenutzt werden konnte, lag ganz ohne Zweifel auf der Seite der Regierung und im besonderen auf der Seite des Reichsfinanzsekretärs. Mit Recht wurde ihm vorgeworfen, daß er die Deckungsfrage dem Reichstag überlassen habe. Angesichts der Aufgabe, angesichts der Einmütigkeit, mit der grundsätzlich der Reichstag die Pflicht des Reiches untertritt, den Veteranen zu helfen, machte es einen peinlichen Eindruck, wenn der Schatzsekretär in den Saal rief, wenn der Reichstag Ausgaben beschließt, dann soll er auch annehmbare Vorschläge für die Aufbringung der Mittel machen. So wurde zu guter Letzt zwar der Veteranenentwurf en bloc angenommen und zwar unter lautem Bravo einstimmig, aber die Deckungsfrage wird noch im Kampfe der Parteien eine un schöne Rolle spielen.

### Politische Tageschau.

#### Der Schluß des Reichstags.

In Abgeordnetenkreisen hofft man jetzt, daß der Reichstag nun doch am 4. oder doch am 6. Mai, also am Tage nach Himmelfahrt werde vertagt werden können.

#### Konservative Vereinigung der Provinz Westfalen.

In Westfalen hat sich soeben unter dem Namen „Konservative Vereinigung der Provinz Westfalen“ die dortige konservative Bewegung fest organisiert. In den Vorsitz der Vereinigung wurden gewählt die Herren: Justizrat Dr. Klasing-Bielefeld, v. der Schulenburg-Herford, Landrat Schulze-Belkum, Mitglied des Hauses der Abgeordneten, Hamm, Bergart, Müsch-Reddinghausen, Superintendent Prieß-Bergkirchen, Rechtsanwalter Dr. Herr-Hamm, Landrat Frhr. v. Ledebur-Lübbecke, Pastor Möller-Güterstoh, Direktor Tiemann-Bielefeld und Kamfmann Bölenkamp-Bielefeld. Der Sitz der Vereinigung, die demnächst ein eigenes Parteisekretariat einrichten wird, ist Bielefeld.

#### Der Zentralvorstand der nationalliberalen Partei

versendet Rundschreiben, in denen der konservativen Partei noch immer die alten, längst widerlegten Vorwürfe gemacht werden, auf die einzugehen sich erübrigt. In dem Rundschreiben wird dann nach der „Deutschen Tageszeitung“ weiter hervorgehoben, daß große Mittel erforderlich seien, und es wird der Überzeugung Ausdruck gegeben, daß nur (!) die Bereitstellung ausgiebiger Mittel die Partei in den Stand setzen könne, dem Gedankens des nationalen Liberalismus die nötige Stärke und Verbreitung zu geben.

### Der neue Vertrag mit der deutschen Kolonialgesellschaft

für Südwestafrika, über dessen Inhalt Staatssekretär Dernburg bei den Verhandlungen im Reichstage bereits Angaben gemacht, wird jetzt von einem Hamburger Blatte veröffentlicht. Der neue Vertragsentwurf enthält zweifellos Verbesserungen zugunsten des Reichs gegenüber dem ersten Entwurf. Darüber, ob der neue Entwurf die in der Budgetkommission lautgewordenen Wünsche durchweg erfüllt, gehen die Meinungen auseinander, was natürlich ist, da sich ja jene Wünsche nicht immer durchweg deckten.

### Die geistigen Waffen der Sozialdemokratie.

Die Dortmunder Maurer G. Laufemann und Robert Hedermann haben im vorigen Jahre einen Maurer, der dem christlichen Maurerverbände angehörte, mit Totschlägen bedroht, falls er nicht der sozialdemokratischen Organisation beitrete. Das Schöffengericht in Dortmund verurteilte die beiden Maurer zu zwei und drei Wochen Gefängnis.

### Präsident Fallières amtsmüde?

Die regierungsfeindliche Pariser Presse beschäftigt sich mit der Möglichkeit, daß Präsident Fallières den Ratshälften der Ärzte folgen und sich kurz nach dem Zusammentreten der neuen Kammer ins Privatleben zurückziehen werde. Der „Gaulois“ geht so weit, schon heute die Liste jener Politiker zusammenzustellen, welche sich auf die Nachfolge Fallières Hoffnung machen. Unter diesen nennt er Emile Loubet, den Präsidenten des Senats Herrn Dubost, den Senator Clemenceau, den Unterstaatssekretär des Marineministeriums Herrn Chéron.

### Die Ausstandsbewegung in Frankreich.

Von den Seegerichten in Bordeaux und Marseille wurden verschiedene Matrosen und Heizer wegen Desertion von ihren Schiffen während des Ausstandes der eingeschriebenen Seeleute zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt. — Das Syndikat der eingeschriebenen Seeleute von Marseille hat dem Präsekte ein Schriftstück überreicht, in welchem die Forderungen der eingeschriebenen Seeleute für die Wiederaufnahme der Arbeit bekanntgegeben werden. Danach soll die Frage der Beschäftigung von Schwarzen auf Schiffen, die nicht nach Ostafrika fahren, ein für allemal geregelt werden. Ferner soll den eingeschriebenen Seeleuten das Recht zum Streik bestätigt und ihnen die Wiederanstellung an Bord der von ihnen verlassenen Schiffe zugesichert werden. — Wie der „Eclair“ behauptet, unterhandelt man gegenwärtig mit dem Syndikat der eingeschriebenen Seeleute, um sie zur Zurückziehung der sozialistischen Kammerkandidatur zu bewegen und dadurch die Wiederwahl des in Stichwahl gelangenden Kammerpräsidenten zu ermöglichen. Die eingeschriebenen Seeleute hätten die Bedingung gestellt, daß die Regierung die vom Unterstaatssekretär Chéron während des Streiks beobachtete Haltung offen mißbillige. — Im Zusammenhang mit dem Ausstand der eingeschriebenen Seeleute wird aus Marseille berichtet, daß die Gesellschaft der Mittelbahnwerke und Werften am 31. Dezember geschlossen werden soll. Der gesamte Betrieb soll in Lafeyne konzentriert werden, wo die Gesellschaft bereits große Baustätten besitzt.

### König Eduard

hatte am Dienstag in Biarritz den russischen Minister des Äußern Iswolski zum Frühstück geladen und hatte dann mit ihm eine Unterredung von kurzer Dauer. Der Besuch trug keinen offiziellen Charakter. Der König ist nach London abgereist, wo die Ankunft am Mittwoch Nachmittag erfolgte.

### Das russische Budget.

Kaiser Nikolaus hat das Budget für 1910 bestätigt, nachdem die Einnahmen 2 591 687 880,

die Ausgaben 2 591 259 171, der Überschuss der Einnahmen 428 709 Rubel betragen.

### Zum Aufstand in Albanien

wird aus Saloniki gemeldet: Der Engpaß von Katschanik befindet sich noch in den Händen der Rebellen, die Verstärkungen erhalten haben. Die Armaten gestatten nur den gewöhnlichen Bahnpost- und Passagierverkehr. Der Anmarsch Torgut Paschas scheint sich zu verzögern. Angesichts der schwachen Garnison in Ipek geht ein Teil der Einwohnerschaft dieser Stadt zu den Rebellen über. Die Kämpfe in der Umgebung von Ipek dauern fort.

### Ein Fehlschlag der Frauenarbeit.

Die Anhängerinnen der Frauenemanzipation in Amerika haben eine Niederlage erlitten, deren Berechtigung sie freilich auf das entschiedenste leugnen; wie aus New-York berichtet wird, hat die Baltimore- und Ohio-Eisenbahngesellschaft beschloffen, alle weiblichen Angestellten durch Männer zu ersetzen, nachdem eine erschöpfende Statistik festgestellt hat, daß die männlichen Angestellten in denselben Stellungen wie die Frauen um 30% mehr und bessere Arbeit verrichten. Es handelt sich dabei besonders um Maschinenschreiberinnen und Telegraphistinnen. Nach den Feststellungen der Gesellschaft besitzen die Frauen nicht die Fähigkeit zur angestrengten Arbeit, nicht die Schnelligkeit und Sorgfalt der Männer. Sie zeigen geringe Initiative und scheinen unfähig, ihren Geist ganz auf das zu richten, was sie tun. Sie vermögen in der Regel nichts aus der Erfahrung zu lernen; erhalten sie einen Tadel, so sehen sie ihre Fehler nicht ein, sondern halten es für eine Ranküne der Vorgesetzten. Frauen machen immer wieder denselben Fehler, auch wenn er ihnen häufig verbessert wird; sie hindern die in demselben Bureau arbeitenden männlichen Angestellten an der Aufmerksamkeit, und es ist unmöglich, unter ihnen dieselbe Disziplin aufrecht zu erhalten wie unter Männern. Die Eisenbahngesellschaft zählt daher lieber den Männern höhere Gehälter und glaubt trotzdem durch die größere geleistete Arbeit ein besseres Resultat zu erzielen. Die Frauen bestreiten allerdings die Wahrheit dieser Statistiken auf das entschiedenste; sie behaupten, mindestens ebenso gute und schnelle Arbeiter zu sein wie die Männer, aber in der Ordnung und Pünktlichkeit sie zu übertreffen.

### Deutsches Reich.

Berlin, 27. April 1910.

— Heute Nachmittag unternahm die Majestäten mit der Prinzessin und Gefolge von Schloß Urville eine Ausfahrt in Automobilen. Generalleutnant Freiherr von Lyncker, Inspekteur der Berkestruppen, Major Groß, Kommandeur des Luftschiffbataillons, und Geheimrat Regierungsrat Professor Dr. Hergesell sind heute Nachmittag in Urville eingetroffen.

— Das kaiserliche Hoflager wird Ende dieser Woche nach dem Neuen Palais in Potsdam verlegt.

— Zu der Erkrankung des Reichskanzlers an Influenza hört das „Berl. Tagebl.“, daß sich von Bethmann Hollweg gestern bereits auf dem Wege der Besserung befand. In seiner Umgebung rechnet man darauf, daß er am Donnerstag wieder hergestellt sein und im Herrenhause zur Wahlrechtsdebatte erscheinen wird.

— Der Präsident des Reichstags, Graf von Schwerin-Löwitz beabsichtigt, wie die „N. O. C.“ hört, nach Beendigung der diesjährigen Session des preussischen Abgeordnetenhauses, also nach Erledigung der Wahlvorlage, sein Mandat für die preussische zweite Kammer wegen Überbürdung niederzulegen. Graf Schwerin vertritt im Abgeordnetenhause seit 1896 den Wahlkreis Stettin I (Anklam-Demmin-Ugedom-Bollin). Dem Reichstage gehört er seit 1893 an.

— Den 60jährigen Gedenktag ihres Eintritts in den Heeresdienst begehen am 27. April der ehemalige preussische Kriegsminister von Verdü du Bernois, General der Infanterie z. D. und Chef des Infanterie-Regiments Graf Schwerin Nr. 14 (Bromberg), sowie der General der Infanterie z. D. Paul von Lektow-Worbeck in Berlin, der von 1888 bis 1891 Kommandant von Thorn war.

— Prof. Dr. Koch-Braunsberg, ein katholischer „Modernist“, will angeblich zum Protestantismus überitreten und soll eine Professur in Berlin erhalten.

— Herr Rudolf Herzog, der Chef der gleichnamigen Firma, dem vor kurzem anlässlich der Einweihung der Kaiserin-Auguste-Viktoria-Kirche auf dem Sberge in Jerusalem im Auftrag des Kaisers ein Paar Brillantmanschettenknöpfe überreicht wurden, ist jetzt der Oberorden verliehen worden.

— Wie in Münchener kirchlichen Kreisen verlautet, soll Vater Benno Wuracher seine vor kurzem eingegangene eheliche Verbindung wieder gelöst haben und reumütig in ein Kloster zurückgekehrt sein.

Kaiserslautern, den 27. April. Reichsrat Clemm hat dem Roten Kreuz hunderttausend Mark zu Errichtung eines Fanny Clemm-Hauses überwiesen.

### Ausland.

Neapel, 26. April. Der Sarg mit den Überresten des im Jemen ermordeten deutschen Forschungsreisenden Burckhardt wurde heute aus dem Kreuzer Elba ausgeladen und an Bord des Dampfers Königin Luise gebracht, der nach Bremen abgeht. Alle Schiffe im Hafen hatten Halbtag geflaggt. Der deutsche Konsul, der Kommandant und die Offiziere der Elba wohnten der feierlichen Überführung bei. Von den Matrosen wurden dem Toten die militärischen Ehren erwiesen.

### Provinzialnachrichten.

Schnee, 27. April. (Die Hauptlehrerstelle) an der hiesigen katholischen Schule hat Herr Lehrer Neumann von hier erhalten. Dem in den Ruhestand getretenen Herrn Hauptlehrer Szepczynski ist der Adler der Inhaber des Hausordens von Hohenzollern verliehen worden.

Graudenz, 26. April. (Hansabund. Vaterländischer Frauenverein.) In der Versammlung der Ortsgruppe Graudenz des deutschen Hansabundes hielt Herr Stadtrat Schulz-Memel den Vortrag, da Landtagsabgeordneter Rahardt im letzten Augenblick abgestiegen war. Der Vaterländische Frauenverein Graudenz, der 360 Mitglieder zählt, hielt seine Hauptversammlung ab. Der Verein unterhält eine Diakonissenstation in der Stadt mit 4 Schwestern und eine in Klein-Tarpen mit 2 Schwestern. Die Lupusheilanstalt, die einzige hier im Osten, welche über 25 Betten verfügt, gehört ebenfalls dem Verein. Dem hiesigen Säuglingsfürsorgeverein zählt der Verein eine jährliche Beihilfe von 300 Mark. Die Einnahmen des Vereins betragen im abgelaufenen Jahre 5948,40 Mark, die Ausgaben 5922,27 Mark. Bei der Lupusheilanstalt beziffern sich die Einnahmen auf 16 605,33 Mark, die Ausgaben auf 14 734,80 Mark. Die Anstalt erhält sich also selbst. Frau Szepczynski Generalkondukteur in Diensten und Frau Stadtrat Herzfeld wurden in den Vorstand neugewählt.

Graudenz, 27. April. (Die Allgemeine Ortskrankenkasse) zu Graudenz hielt eine Sitzung ab, in der bekanntgegeben wurde, daß die Zahl der Mitglieder ständig abnimmt, die Ausgaben sich dagegen kolossal steigern. Für ärztliche Behandlung allein betragen die Ausgaben pro 1909: 21 238 Mark. In den Jahren 1905 bis 1908 betrug die Ausgabe 30 000 Mark und 1908: 32 613 Mark zurückgelegt werden, im Jahre 1909 dagegen mußten 12 000 Mark zugeführt werden. Der Betriebsfonds ist von 71 832 Mark auf 36 000 Mark zurückgegangen. Das Verhältnis dürfte sich von nun an noch ungünstiger gestalten, da bekanntlich die Unterstellungen erhöht worden sind und die Krankengelder jetzt vom Tage der Erkrankung ab gezahlt werden sollen. Dem Vorstand der Kasse wurde anheimgegeben, Erhebungen anzustellen, wie der ungünstigen Lage abzuwehren sei.

Danzig, 26. April. (Tat einer Irrenhölle.) In letzter Nacht versuchte, wahrscheinlich im Anfall von Irrenhölle, die Frau des Arbeiters Szypinski in Heubude ihren drei Kindern den Hals abzuschneiden. Die Kinder sind gefährlich verletzt. Die Frau wurde zur Beobachtung ihres Geisteszustandes in Danzig interniert.

Allenstein, 26. April. (Die Pflegschaft über Frau v. Schönebeck) ist durch das Allensteiner Vormundschaftsgericht aufgehoben worden.

Allenstein, 27. April. (Die Schwurgerichtsverhandlung) gegen Frau von Schönebeck beginnt am 6. Juni d. Js. Zum Vorsitz des Schwurgerichts ist der Landgerichtsdirektor Geheimrat Justizrat Broese in Inhabung ernannt worden. Verteidiger sind die Rechtsanwälte Justizrat Sello und Bahn-Berlin, sowie Dr. Salzmann-Allenstein. Vertreter der Anklage ist Staatsanwaltschaftsrat Pöschmann.

Wiesenthal, 27. April. (Die Bluttat), von der wir berichteten, scheint sich doch nicht als Mord, sondern als etwas anderes herauszustellen. Man neigt vielleicht nicht mit Unrecht der Ansicht zu, daß die kleine Stiwalkowski von irgend Jemand aus dem Hause in einem erregten Augenblick, wo die ruhige Überlegung durchging, geschlagen und unglücklich getroffen worden sei. Vielleicht hat man, um die Sache zu bemänteln, den Schein eines Mordes zu erwecken versucht. Das ist jedoch nur eine Annahme, die erst der Bestätigung bedarf, jedoch nicht ausgeschlossen ist. Zunächst haben die Polizeihunde keine Spur außer dem Hause aufgenommen, sondern sind in der Wohnung geblieben. Es erscheint daher ziemlich ausgeschlossen, daß die kleine Leiche von draußen her heringebracht worden ist. Die eingeleitete Untersuchung wird ja ergeben, welcher Verdacht zu Recht besteht.

Grauburg, 25. April. (Herrn Bischof Dr. Augustinus Wludaw) ist am Tage der Einweihung der Sionskirche vom Patriarchen von Jerusalem Msgr. Filippo Camassei das Großkreuz des Ordens vom hl. Grabe verliehen worden.

Königsberg, 27. April. (Oberpräsident von Windheim) ist nach Beendigung seines Urlaubs, den er in Italien verlebte, wieder nach Königsberg zurückgekehrt.

Bromberg, 22. April. (In der gestrigen Stadtratsversammlung) wurde zunächst die Magistratsvorlage betreffend den Wirtschaftsschluß des Rechnungsjahres 1909/10 beraten. Es handelt sich hierbei um die Deckung von 160 000 Mark Mehrausgaben. Die Deckung soll in der Weise stattfinden, daß 1910: 20 000, 1911: 55 000, 1912: 55 000 und 1913 der Rest in den Etat eingestellt werden. Die Magistratsvorlage wurde angenommen. Genehmigt wurde ferner die Vorlage betreffend den Neubau der städtischen Bürgerschule, deren Baukosten auf 430 000 Mark veranschlagt sind. Die neue Schule soll 24 Klassen und eine mit dem Schulgebäude in Verbindung stehende Turnhalle erhalten. Die Magistratsvorlage bezüglich den Neubau der städt. Feuerwache wurde ebenfalls angenommen. Der Neubau soll auf dem früher Berkischen Platz hinter der Straße Nr. 63/64 aufgeführt werden. Ferner wurde beschlossen, den städtischen Arbeitern und ihren Hinterbliebenen von nun an Ruhegehälter bis 4% ihres Lohnes und Witwengelder bis 40 Prozent des Ruhegehältes zu zahlen.

Posen, 26. April. (Das Familien drama in der Schifferstraße.) Gestern Nachmittag spielte sich, wie schon kurz berichtet, in der im 3. Stock des Hauses

Schifferstraße 17 gelegenen Wohnung des Zollaufsehers Oskar Propp ein furchtbares Familien drama ab. Nach vorangegangenen heftigen Streite zwischen den beiden Eheleuten griff die Ehefrau nach dem, wahrscheinlich schon seit längerer Zeit beschafften, geladenen 6 läufigen Revolver und schöß dem Ehemann eine Kugel in die linke Kopfseite, jedoch erst sofort zu niederfüßte. Hierauf lief die Frau in ein Nebenzimmer und schöß sich selbst eine Kugel in die rechte Kopfseite. Sie lebte zwar noch, als sie mittelst Krankenwagens in das städtische Krankenhaus geschafft wurde, starb aber bald nach der Aufnahme. Die Leiche des Mannes wurde ebenfalls nach dem städtischen Krankenhaus geschafft. Das hinterbliebene Kind, ein im Jahre 1896 geborener Knabe, wurde bei den Eltern der Frau untergebracht. Der Ehemann Propp war 40 Jahre, seine Frau 37 Jahre alt. Der Grund zu der Tat ist in ehelichen Zwistigkeiten zu suchen.

Schrimm, 25. April. (Im hiesigen Schützenverein) stellten die zahlreichen deutschen Mitglieder den Antrag, die Verhandlungen während der Versammlungen auch in deutscher Sprache zu führen. Als dies durch Beschluß abgelehnt wurde, verließen sämtliche deutschen Mitglieder die Sitzung und wandten sich darauf in einer Eingabe an den Regierungspräsidenten mit der Bitte, durch amtliche Anordnung den Vorstand der Schützenhilfe zum Gebrauch der deutschen Sprache anzuhalten.

### Für die Monate Mai und Juni

nehmen Bestellungen auf „Die Presse“ mit dem illustrierten Sonntagsblatt „Die Welt im Bild“ und dem „Ostmärkischen Land- und Hausfreund“ zum bekannten Bezugspreise entgegen förmliche kaiserl. Postämter, die Orts- und Landbriefträger, unsere Ausgabestellen und wir selbst.

„Die Presse“, Geschäftsstelle, Ratharinenstr. 4.

### Sozialnachrichten.

Thorn, 28. April 1910.

(Herr Oberbürgermeister Dr. Kersten) hat sich gestern Abend nach Berlin zur Teilnahme an den Herrenhausungen begeben.

(Propoendum für die Kreis-synode.) Auf Veranlassung des evangelischen Oberkirchenrats und in Verfolg des Beschlusses der 6. ordentlichen General-synode erhalten die Kreis-synoden dieses Jahres zur Verhandlung folgendes Propoendum: „Die Mitarbeit des christlichen Hauses an der religiösen Erziehung der Jugend durch Schule und Kirche.“ Das vorher gestellte Propoendum: „Die Mitarbeit der Kirche an der Tagespresse“ ist zurückgezogen worden.

(Westpreussischer Reiterverein.) An dem ersten diesjährigen Rennen in Poppel am Pfingstmontag den 16. Mai verpricht die Beteiligung eine starke zu werden. Es sind folgende Nennungen eingegangen: 1. Begrüßungs-Jagdrennen (Preis 1400 Mark) 15, 2. Berufungs-Jagdrennen (Ehrenpreis) 14, 3. Prinz Friedrich-Deopold-Preis (Ehrenpreis und 900 Mark), Jagdrennen, 19, 4. Berufungs-Hürdenrennen (Preis 650 Mark) 14, 5. Danziger Offizier-Jagdrennen (Ehrenpreis und 2000 Mark) 25, 6. Schrader-Waldhof-Rennen (Ehrenpreis und 800 Mark) 9 Unterhirschen. Aus Thorn ist zum Prinz Friedrich-Deopold-Rennen St. A. Neumanns (4. U.), Dschunkina 5, und zum Schrader-Waldhof-Rennen St. A. Neumanns (4. U.) Fehrtwart 3, gemeldet.

(Im Auto quer durch Afrika.) Die tüchtige Durchquerung des dunklen Erdteils mittelst des Automobils, die Oberleutnant Graeg unternahm, hat bekanntlich die Aufmerksamkeit der ganzen Welt erregt, und daher wird der deutsche Mann, der dieses Wagemut unter vorstehender Spitzmarke: „Mit Begaben teilen polnische Blätter mit, daß ein polnischer Zweig der Familie Wilow existiere und, obwohl jetzt in den Besitz des großen Majorats der Barone von Wilow in Westfalen gekommen, doch bestrebt sei, seinen Zusammenhang mit der polnischen Nation zu erhalten und auch ferner in diesen Traditionen zu leben. Eine Angehörige dieses polnischen Zweiges der Wilow werde sich mit dem Rechtsanwalt Wladislaus Szuman in Thorn (also einem Arpolen), in Absprache mit diesen Bestrebungen“ vernehmen. Die polnischen Blätter behaupten sogar, daß diese polnischen Wilows die Erben des kinderlosen Fürsten Wilow sein werden. Das ist doch wohl zu bezweifeln. Vermerkt sei noch, daß nach der Behauptung der polnischen Blätter der neue mecklenburgische Majoratsbesitzer des Deutschen so gut wie garnicht mächtig sein soll.“ — Soweit hier bekannt, ist richtig, daß sich Rechtsanwalt Szuman in Thorn mit einer Baroness von Wilow verlobt hat, die einer in Pommern ansässigen katholischen Linie von Wilow entstammt. Ob und inwieweit diese Linie mit dem früheren Reichs-kanzler Fürsten Wilow verwandt ist, entzieht sich unserer Kenntnis. Fürst Wilow ist bekanntlich ein Sohn des Staatsmannes Bernhard, Ernst von Wilow, der in den 60er Jahren mecklenburgischer freisinniger Minister und dann mecklenburgischer General in Berlin war.

(Das Fest der Silberhochzeit) begeht am 30. d. Mts. Herr Schneidermeister A. Katrynski und Gattin, Araberstraße 3.

(Straf-ta-mer.) In der gestrigen Sitzung führte Herr Landgerichtsdirektor Geheimrat Justizrat Grafmann den Vorsitz. Die Anklagebehörde war durch den Herrn Gerichtssekretär Schoof vertreten. Zur Verhandlung gelangten neben mehreren Berufungssachen drei erstinstanzliche Sachen. Wegen Bergens im Amte hatte sich der frühere Polizeibeamte, jetzige Arbeiter Conrad Gebde aus Schaferei bei Marienwerder zu verantworten. Der Angeklagte war bis zum 26. Mai v. J. 14 Jahre hindurch in städti-

chen Diensten in Podgorz. In letzter Zeit seiner amtlichen Tätigkeit lag es ihm ob, aufgrund von Hebeln Wasser- und Gasgeld, Krankenkassenbeiträge, Kommunal- und Kirchensteuerbeiträge einzuziehen. Die Anklage lag ihm nun zur Last, daß er in 5 Fällen Gelder in der Summe von 485,28 Mark eingezogen, aber nicht zur Kasse abgeführt, sondern für sich verwandt, daß er ferner, um die Unterzahlungen zu verdecken, fälschlich fünf Pfändungsprotokolle angefertigt habe, ohne in der Tat Pfändungen vorgenommen zu haben. Der Angeklagte führte zu seiner Entschuldigung an, daß er im Jahre 1906 in Rudau eine größere Summe Geldes eingezogen, dann dortselbst getrunken und auf dem Heimwege sich im Glacis schlafen gelegt habe. Als er erwacht sei, habe er wahrgenommen, daß ihm während des Schlafes 650 Mark gestohlen seien. Er habe von dem Diebstahl dem Bürgermeister Kühnbaum sofort Mitteilung gemacht. Da er den gestohlenen Betrag nicht gleich ersetzen können, habe er die ihm zur Last gelegten Schiebungen vorgenommen. Einem Schaden habe die Kassenreife aber nicht erlitten, da er den Betrag auf einem Sparkassenguthaben ersetzt habe. Bürgermeister Kühnbaum bekundete als Zeuge: Schon vor dem Unglück im vergangenen Jahre kam der Angeklagte zu mir und teilte mir mit, daß er eine Menge Gelder verloren habe; er erklärte sich bereit, diese Summe bald zu beden. Ich zahlte ihm die ihm zustehenden Kleingelder aus und bald hatte er den Betrag gedeckt. Im vergangenen Jahre kam mir die Amtsführung des Angeklagten verdächtig vor, und ich stellte dann die bekannten Schiebungen fest. Die Unterzahlungen von 445 Mark stufte durch die Ration der Angeklagten von 500 Mark gedeckt, jedoch die Stadt nicht geschädigt ist. Der Magistrat sah nach meinem Vortrag der Sache von einer Strafverfolgung ab, weil der Angeklagte durch die Entlastung schwer genug bestraft sei. Auf Verlangen des Staatsanwalts gab der Angeklagte an, daß er als Polizeibeamter ein Einkommen von etwa 100 Mark monatlich hatte, daß er verheiratet und Vater zweier Kinder sei. Der Staatsanwalt beantragte hierauf gegen den Angeklagten das niedrigste zulässige Strafmaß, drei Monate Gefängnis für die Unterzahlungen und einen Monat für die Amtsführung des Angeklagten. Der Gerichtshof erkannte dem Antrag der Staatsanwaltschaft gemäß; ferner wurde der Angeklagte zur Ertragung der Kosten verurteilt. (Wie verlautet, soll für den Verurteilten ein Gnadengehuch an Se. Majestät den Kaiser abgeleitet werden.) — Die Anklage in der zweiten Sache richtete sich gegen den früheren Landbriefträger Albert Haneberg aus Tauer. Sie hatte gleichfalls das Vergehen im Amte zu dem Gegenstande. Haneberg ist bereits mehrere Jahre im Pöbelsitz und bis zum vorigen Jahre als Landbriefträger in Tauer angestellt gewesen. Infolge einer Anzeige der Besitzerin Kirchmann in Gotschau, nach welcher sich der Angeklagte der Unterzahlung eines Geldbetrages von über 35 Mark schuldig gemacht haben sollte, nahm der Postverwalter Dörschel aus Tauer eine Hausdurchsuchung in seiner Wohnung vor, bei welcher er mehrere Postkarten und Druckachen, die der Angeklagte in amtlicher Eigenschaft erhalten, aber nicht zugeföhrt hatte, und ferner zwei Postpatefahrscheine, die er zurückbehalten hatte, vorfand. Der Angeklagte war gefandig, sich der ihm zur Last gelegten Verfehlungen schuldig gemacht zu haben. Er wurde zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten und 1 Tage verurteilt. — Die Strafsache gegen den Agenten Adolph Dausiger aus Posen wegen Betrages im strassfärbenden Rückfalle gelangte zur Vertagung.

(Feuer.) Heute früh 4 1/2 Uhr wurde die Feuerwehr nach der Grenzstraße 9 gerufen, wo auf dem Boden des Hauses, eines Fachwerkbauwerkes, Feuer ausgebrochen war. Der Brand konnte, da er rechtzeitig bemerkt war, nach kurzer Zeit gelöscht werden. Der Schaden ist nicht bedeutend. Es liegt Brandstiftung vor. Die Wache rückte gegen 5 1/4 Uhr wieder ab.

(Polizeiliches.) Arrestanten verzeichnet der Polizeibericht heute 2.

(Gefunden) wurde eine Stempelmarke von höherem Wert. Näheres im Polizeibericht, Zimmer 49.

(Zugelaufen) ist ein gelbgefärbter Schieferhund. Näheres im Polizeibericht, Zimmer 49.

(Von der Weichsel.) Der Wasserstand der Weichsel betrug bei Thorn heute 0,94 Meter, er ist seit gestern um 4 Zentimeter gesunken. Bei Chwalowice ist der Strom von 2,60 Meter auf 2,15 Meter gefallen.

(Auf dem heutigen Viehmarsch) waren 233 Ferkel und 157 Schlachtschweine aufgetrieben. Bezahlt wurden für Schweine, magere Ware 42 bis 44 Mark, fette Ware 44 bis 46 Mark pro 50 Kilogramm Lebendgewicht.

\* Aus dem Landkreis Thorn, 26. April. (Beziehungs-konferenz.) Der Lokalschulinspektionsbezirk für die Schulen Thorn'sch-Papau, Wisomitz, Griffen, Ptaszowa, Lulkow und Schwirzgnitz hat nach der Winterszeit, in der die Konferenzen ausfielen, in Lulkow gestern die erste Konferenz abgehalten. Herr Lehrer Gultze-Swirzgnitz hielt eine Lektion und Herr Lehrer Waberski-Bissomitz das Referat über dieselbe. Nach der Besprechung machte Herr Kreis-schulinspektor Präf. Culmsee, der auch zu der Konferenz erschienen war, einige ministerielle Verfügungen bekannt. Der Lokalschulinspektor, Herr Forrer Hiltmann-Lulkow, hat dahin den Vorstoß in den Lokalkonferenzen führte, am selben niedergelegt. Die nächste Konferenz findet am 21. Mai in Ptaszowa statt; auf derselben wird Herr Kreis-schulinspektor Präf. selbst eine Lektion mit polnischen Kindern im Deutschen vorführen. Das Thema lautet: „Das Erkennen“.

\* Aus dem Landkreis Thorn, 27. April. (Verfehlungen.) Der föhnl. Landrat hat den Besizer August Radtke II in Abbau Renthshau als Schulvorsteher bestätigt. — Der Fleck- und Trichinen-schauer Schulz in Podgorz ist anstelle des Lehrers A. D. Noeste, der sein Amt niedergelegt hat, zum Trichinenschauer für die Ortshafen Ptasz, Pndow und Schiffschauer ernannt worden. Ferner hat er die Vertretung für den Trichinenschauer Wilhelm Bartel in Al-Messau, für den Ortshafen Ober-Messau, Or-Messau mit Einzelhof, Wymislawa, Rosbar mit Grundmühle, Dullinewo mit Rohrmühle und in dem zum Bezirk Pndow übernehmenden Ortshafen zum Vertreter des Neugrabens in Tacht in Sachfenbrück für die Ortshafen Neugrabens und Herzogsfelde bestellt worden. — Nachdem bei einem in Pndow, Kreis Culm, getöteten, aus dem in Römte, Kreis Culm, getöteten, aus dem herangezogenen Hunde bei der tierärztlichen Sektion die Tollwut festgestellt worden ist, hat der föhnl. Landrat über die Ortshafen Fortkassowitz, Ortshafen einseitig die Gemarkung dieser Ortshafen die Hundesperre bis zum 20. Juli d. Js. verhängt.

### Briefkasten.

Provinzialamtsarbeiter M. Der zu 2 Tagen Gefängnis verurteilte J. war in den Briefkasten als Provinzialamtsarbeiter, nicht als Depotarbeiter bezeichnet. Die Verurteilung eines Einzelnen trifft doch auch nicht den ganzen Stand, dem er zufällig angehört.





# Die Presse.

(Zweites Blatt.)

## Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhause.  
59. Sitzung vom 27. April; 10 Uhr.  
Die Beratung des

### Kultusetats

wird beim Kapitel „Höhere Lehranstalten“ fortgesetzt.  
 Abg. Eichhoff (fortschrittliche Volkspartei) tritt für den staatsbürgerlichen Unterricht ein, der durch die grandiose Unkenntnis unserer Jugend in politischer und volkswirtschaftlicher Hinsicht geboten sei. Unsere gebildeten Kreise würden da von der Arbeiterklasse weit übertriffen.  
 Abg. Ströbel (Sozialdemokrat): Die höheren Lehranstalten seien Klassenanstalten, die den minder bemittelten Volksschichten nicht zugänglich seien. Zu dem Reservatrecht der höheren Bildung verlangten die herrschenden Klassen nun noch ein höheres Wahlrecht.  
 Abg. Dr. Bell (Zentrum) wendet sich gegen das humanistische Gymnasium, dem die moderne Entwicklung den Boden entzogen habe. Die rasche Entwicklung der realistischen Anstalten sollte doch zu denken geben.  
 Minister von Trott zu Solz tritt den Ausführungen Ströbels entgegen, der bei seiner Gegnerschaft gegen die höheren Schulen außer acht lasse, daß diese andere Ziele haben, als die Volksschulen. Auf den höheren Schulen will sich der Staat seine Beamten heranzüchten, Persönlichkeiten, die später den Staat verwalten und Lehrer sein sollen. Durch den Erlaß über die Mittelschullehrer sollten Bestimmungen und Einrichtungen, die längst bestanden, in feste Formen gegossen werden. Als ich mich nun mit praktischen Schulmännern in Verbindung setzte, um ihre Erfahrungen hierüber zu hören, ging in der Presse ein Sturm los, das sei die erste Tat des neuen Kultusministers; er wolle die höheren Schulen herabwürdigen. Der Erlaß, der dann erging, war schon lange im Ministerium vorbereitet und ist keineswegs ein Ergebnis des in der Presse angelegten Sturmes. Es ist in der Tat nützlich, wenn Volksschullehrer, die besonders geeignet sind, die sich vorzubilden und das Mittelschullehrerexamen bestanden haben, auch dort unterrichten. (Sehr richtig!)  
 Ich habe aus dem Munde bewährter Pädagogen und Schulmänner gehört, daß gerade sie als junge Kandidaten in den Schulen in didaktischer Beziehung gerade von alten bewährten Volksschullehrern am meisten gelernt haben. (Sehr richtig!)  
 Ich halte es für einen Fortschritt, daß neben den jungen und naturgemäß oft wechselnden Lehrern in den unteren Klassen solche ältere bewährte Mittelschullehrer tätig sind und den jungen Lehrern in gewisser Beziehung als Vorbild dienen können. (Sehr richtig!) Auch ist es wünschenswert, freibehaltenen Elementarlehrern ein Hinzuweisen in die höheren Schulen zu ermöglichen. Trotz meiner hohen Meinung von den Abemilern glaube ich doch, daß ab und zu der Wert der atabemilischen Bildung überparnt wird. Bei dem Lehrer kommt es vor allem auf die Persönlichkeit an. (Sehr richtig!) Gegen die hier und da vorkommenden Übergriffe der städtischen Verwaltungen auf dem Gebiete der Schule werde eingeschritten. Über den biologischen Unterricht sei noch kein fertiges Urteil gewonnen. (Beifall.)

## Alltagsglück.

Roman von S. v. Schmid-Riesemann.  
(Nachdruck verboten)

(31. Fortsetzung.)

Während Dodo sang, schienen sie sich förmlich mit ihren Blicken an Kembert festzuheften.  
 Er war jedoch so gefühllos, gar keine Notiz davon zu nehmen — entweder starrte er vor sich hin oder sein Auge suchte seine Frau, neben welcher Benno saß.  
 Man bestürmte Dodo von allen Seiten mit Bitten um weitere Vorträge, allein, sie schlug erstere mit kurzen, fast unfreundlichen Worten ab.  
 Sie hatte ja doch nur für Kembert gesungen, und ihr Lied mit seiner schmeichelnden, Herz und Sinn betörenden Melodie hatte wider ihrer Erwartung gar keinen Eindruck auf ihn gemacht. Darum eben sang sie heute Abend keinen Ton mehr.  
 In diesem Augenblick war ihr die ganze Welt so grenzenlos gleichgültig, daß sie der Untergang derselben ganz kühl gelassen hätte, vorausgesetzt, daß sie Kembert auf irgend einer, aus dem alten Chaos erstehenden neuen Welt nachblieben.  
 Auf Gesina hatte der Gesang eine desto größere Wirkung gehabt — ihr war so weich, so dankbar zu Mut, ihr ganzes Wesen war wie aufgelöst in dem Gefühl, sich als Kemberts Eigentum zu wissen.  
 Die köstliche, milde Mondnacht lockte auf die Terrasse und in den Garten.  
 In letzterem sollte ein Feuerwerk abgebrannt werden; die Vorbereitungen zu demselben verzögerten sich, und unterdessen schwärmte die Gesellschaft in Gruppen und paarweise durch die Gänge und Alleen.  
 Gesina hatte Bennos Arm genommen, während ihr Mann von Dodo zurückgehalten worden war, allerdings gegen seinen Willen.

verwaltung sollte in den Realschulen in der Nähe der russischen Grenze auch das Russische berücksichtigen. Die sexuellen Fragen gehören nicht in die Schule. Die humanistischen Anstalten als Pflegestätten des Idealismus sind zu erhalten. Deshalb kann man die Reformen nicht doch begründen.  
 Abg. Gottschall (nationalliberal) wünscht eine Statistik über die Erwerbung des Einjährig-Zweijährigen aufgrund praktischer Fähigkeiten. Bei der sexuellen Aufklärung sei Vorsicht geboten. In den unteren Klassen darf sie nicht erfolgen.  
 Abg. Cassel (fortschrittliche Volkspartei) verlangt einen gewissen Einfluß der städtischen Kuratorien auf die Schulverwaltung. Redner rühmt dann die Vorzüge des humanistischen Gymnasiums gegenüber den Reformanstalten.  
 Die Abgg. Westermann (nationalliberal), Schmieding (Zentrum), Gruson (nationalliberal), Lüdicke (freikonservativ), Bartscher (Zentrum), Busch (Zentrum), Siebert (konservativ) und Dippe (nationalliberal) äußern lokale Wünsche. Abg. Wolfowksi (konservativ) plädiert für einen Neubau des Gymnasiums in Neustadt, Westpr.  
 Hierauf wird die Weiterberatung auf 7½ Uhr abends vertagt.  
 Schluß 4½ Uhr.

## Deutscher Reichstag.

74. Sitzung vom 27. April; 2 Uhr.  
 Die Vorlage betr. Verlängerung des deutsch-schwedischen Handelsvertrags wird in dritter Lesung definitiv angenommen.  
 Abg. Graf Ranik (konservativ) führt aus: Der Hauptpunkt bei dieser Vertragsfrage ist die Erzeugung aus Schweden. Diese sollte uns durch möglichst billige Verkehrsstarke erleichtert werden. Wir sollten gegen Schweden nicht zu nachgiebig sein, sondern nötigenfalls unseren Generalarist Schweden gegenüber anwenden. Gegen die französischen Zollerhöhungen müßten Maßnahmen getroffen werden.  
 Es folgt die dritte Beratung des Gesetzentwurfs über die

### Saftung des Reiches für seine Beamten.

Abg. Heine (Sozialdemokrat) spricht gegen den Ausschluß der farbigen Beamten.  
 Zu § 4 wird ein Kompromißantrag angenommen, der auch die Besetzung des Schutzgebietes Kiautschou in das Gesetz einbezieht.  
 Mit dieser Änderung wird das Gesetz definitiv angenommen.  
 Debattelos werden ferner das Gesetz betr. Änderung des Reichsschuldbuches definitiv angenommen und eine Übersicht über die Ausgaben und Einnahmen des Reiches pro 1906 erledigt, ebenso die Übersicht für das Schutzgebiet Kiautschou pro 1904 und 1905.  
 Es folgt die dritte Beratung des Gesetzentwurfs über die

### Gewährung von Beihilfen an die Kriegsteilnehmer.

Abg. Prinz Carolath (nationalliberal) erklärt es für patriotische Pflicht, für die Veteranen zu sorgen. Die Schwierigkeit liegt lediglich in der Deckungsfrage. Zu bedauern sei, daß die Wehrsteuer-Resolution abgelehnt sei. Unter allen Umständen müsse etwas geschehen. Er schlägt vor, daß in einer freien Konferenz über die Deckungsfrage beratschlagt werde. Zeige sich ein Weg, der gangbarer sei, als die Wehrsteuer, so werde er gern zustimmen.

Schatzsekretär Wermuth: Meine neulichsten Bedenken haben sich als berechtigt herausgestellt. Es sind schon sechs Entwürfe zugunsten der Veteranen ausgearbeitet worden. (Beifall.) Der Unterschied zwischen Ihrer und unserer Anschauung besteht nur darin, daß Sie Ausgaben beschließen, aber nicht einen geeigneten Weg für Einnahmen angeben. Das überlassen Sie uns. Ich hoffe auch, daß sich noch ein Weg finden wird, vielleicht durch Bereitstellung eines Teils des Ertrages der Reichswertzuwachssteuer.  
 Abg. Groeber (Zentrum): Die Wehrsteuer ist nicht abgelehnt, sondern nur die Resolution. Es fragt sich eben nur, wie die Ausführung ist. Das müssen wir allerdings erst wissen, ehe wir der Wehrsteuer, die ja sehr verschiedenes gestaltet sein kann, zustimmen.  
 Abg. Unstadt (konservativ): Wir halten, solange an der Wehrsteuer fest, bis uns bessere Vorschläge gemacht werden. Jedenfalls müssen unsere alten Veteranen endlich dieses Ehrenvolles teilhaftig werden.  
 Abg. Kopsch (fortschrittliche Volkspartei): Das Beharren auf der Wehrsteuer zögere die Veteranenfürsorge nur hinaus. Wer diese ernsthaft wolle, sollte einer Verringerung der Liebesgabe zustimmen. Was die Wertzuwachssteuer anlangt, so luche ja gerade die Rechte sie in ihrem Ertrage zu verkleinern. (Widerpruch rechts.) Die Veteranenfürsorge sei dringend. Verschleppe man sie noch wieder um Jahre, so werde sie gegenstandslos.  
 Abg. von Liebert (Reichspartei): Mit schönen langen Reden wird den Veteranen nicht gedient. Die Vorgänge am Sonnabend haben im Lande Entrüstung hervorgerufen, die ablehnende Erklärung des Schatzsekretärs sowohl wie die negativen Abstimmungen über die Aufbringung der Mittel. Wir müssen jetzt etwas tun, um den Veteranen zu helfen. Der Widerstand der Regierungen muß endlich überwunden werden.  
 Abg. Werner (Reformpartei) äußert sich in gleichem Sinne. Es scheint, als ob der Schatzsekretär die Veteranen als Vorwand brauchen wollte für die Wertzuwachssteuer. (Sehr richtig! rechts.) Wir lassen uns auf diese Steuer nicht ein, denn das geht nicht so rasch.

Schatzsekretär Wermuth: Der Reichstag hat jedenfalls keine Dedung, keine Einnahmen beschließen. Ich wiederhole nochmals, daß auf dem Wege der Wehrsteuer kein Erfolg zu erzielen ist. Ich bleibe dabei, daß wir uns nach der gegenwärtigen Lage zu richten haben, und daß es am besten wäre, von der Wertzuwachssteuer Beträge für diesen Zweck zu erheben. Und wenn ich Ihnen diesen Vorschlag mache, so lehnt ihn Herr Werner ab. Da ist auch von einer Konferenz nichts zu erhoffen.  
 Abg. Schoepflin (Sozialdemokrat) und Bindewald (wirtschaftliche Vereinigung) sind gegen den Vorschlag des Staatssekretärs.  
 Abg. Arndt (Reichspartei): Der Schatzsekretär kann jedenfalls nicht verlangen, daß wir in demselben Entwürfe, in dem wir Ausgaben vorschlagen, auch gleich für Dedung sorgen. Über letztere Vorschläge zu machen, ist Sache des Schatzsekretärs. Stößt die Wehrsteuer auf Widerstand im Bundesrat, so hat dieser umso mehr die Verpflichtung, seinerseits Vorschläge zu machen. Besteht der Schatzsekretär auf Verwendung der Wertzuwachssteuer für diesen Zweck, so werde ich bei deren Beratung beantragen, daß ihr Ertrag auch tatächlich für die Veteranen festgelegt wird.  
 Schatzsekretär Wermuth: Ich halte an meinem Vorschlag wegen der Wertzuwachssteuer fest, und deshalb habe ich mich auch über den Vor-

Schatzsekretär Wermuth: Meine neulichsten Bedenken haben sich als berechtigt herausgestellt. Es sind schon sechs Entwürfe zugunsten der Veteranen ausgearbeitet worden. (Beifall.) Der Unterschied zwischen Ihrer und unserer Anschauung besteht nur darin, daß Sie Ausgaben beschließen, aber nicht einen geeigneten Weg für Einnahmen angeben. Das überlassen Sie uns. Ich hoffe auch, daß sich noch ein Weg finden wird, vielleicht durch Bereitstellung eines Teils des Ertrages der Reichswertzuwachssteuer.  
 Abg. Groeber (Zentrum): Die Wehrsteuer ist nicht abgelehnt, sondern nur die Resolution. Es fragt sich eben nur, wie die Ausführung ist. Das müssen wir allerdings erst wissen, ehe wir der Wehrsteuer, die ja sehr verschiedenes gestaltet sein kann, zustimmen.  
 Abg. Unstadt (konservativ): Wir halten, solange an der Wehrsteuer fest, bis uns bessere Vorschläge gemacht werden. Jedenfalls müssen unsere alten Veteranen endlich dieses Ehrenvolles teilhaftig werden.  
 Abg. Kopsch (fortschrittliche Volkspartei): Das Beharren auf der Wehrsteuer zögere die Veteranenfürsorge nur hinaus. Wer diese ernsthaft wolle, sollte einer Verringerung der Liebesgabe zustimmen. Was die Wertzuwachssteuer anlangt, so luche ja gerade die Rechte sie in ihrem Ertrage zu verkleinern. (Widerpruch rechts.) Die Veteranenfürsorge sei dringend. Verschleppe man sie noch wieder um Jahre, so werde sie gegenstandslos.  
 Abg. von Liebert (Reichspartei): Mit schönen langen Reden wird den Veteranen nicht gedient. Die Vorgänge am Sonnabend haben im Lande Entrüstung hervorgerufen, die ablehnende Erklärung des Schatzsekretärs sowohl wie die negativen Abstimmungen über die Aufbringung der Mittel. Wir müssen jetzt etwas tun, um den Veteranen zu helfen. Der Widerstand der Regierungen muß endlich überwunden werden.  
 Abg. Werner (Reformpartei) äußert sich in gleichem Sinne. Es scheint, als ob der Schatzsekretär die Veteranen als Vorwand brauchen wollte für die Wertzuwachssteuer. (Sehr richtig! rechts.) Wir lassen uns auf diese Steuer nicht ein, denn das geht nicht so rasch.

Schatzsekretär Wermuth: Der Reichstag hat jedenfalls keine Dedung, keine Einnahmen beschließen. Ich wiederhole nochmals, daß auf dem Wege der Wehrsteuer kein Erfolg zu erzielen ist. Ich bleibe dabei, daß wir uns nach der gegenwärtigen Lage zu richten haben, und daß es am besten wäre, von der Wertzuwachssteuer Beträge für diesen Zweck zu erheben. Und wenn ich Ihnen diesen Vorschlag mache, so lehnt ihn Herr Werner ab. Da ist auch von einer Konferenz nichts zu erhoffen.  
 Abg. Schoepflin (Sozialdemokrat) und Bindewald (wirtschaftliche Vereinigung) sind gegen den Vorschlag des Staatssekretärs.  
 Abg. Arndt (Reichspartei): Der Schatzsekretär kann jedenfalls nicht verlangen, daß wir in demselben Entwürfe, in dem wir Ausgaben vorschlagen, auch gleich für Dedung sorgen. Über letztere Vorschläge zu machen, ist Sache des Schatzsekretärs. Stößt die Wehrsteuer auf Widerstand im Bundesrat, so hat dieser umso mehr die Verpflichtung, seinerseits Vorschläge zu machen. Besteht der Schatzsekretär auf Verwendung der Wertzuwachssteuer für diesen Zweck, so werde ich bei deren Beratung beantragen, daß ihr Ertrag auch tatächlich für die Veteranen festgelegt wird.  
 Schatzsekretär Wermuth: Ich halte an meinem Vorschlag wegen der Wertzuwachssteuer fest, und deshalb habe ich mich auch über den Vor-

Schatzsekretär Wermuth: Meine neulichsten Bedenken haben sich als berechtigt herausgestellt. Es sind schon sechs Entwürfe zugunsten der Veteranen ausgearbeitet worden. (Beifall.) Der Unterschied zwischen Ihrer und unserer Anschauung besteht nur darin, daß Sie Ausgaben beschließen, aber nicht einen geeigneten Weg für Einnahmen angeben. Das überlassen Sie uns. Ich hoffe auch, daß sich noch ein Weg finden wird, vielleicht durch Bereitstellung eines Teils des Ertrages der Reichswertzuwachssteuer.  
 Abg. Groeber (Zentrum): Die Wehrsteuer ist nicht abgelehnt, sondern nur die Resolution. Es fragt sich eben nur, wie die Ausführung ist. Das müssen wir allerdings erst wissen, ehe wir der Wehrsteuer, die ja sehr verschiedenes gestaltet sein kann, zustimmen.  
 Abg. Unstadt (konservativ): Wir halten, solange an der Wehrsteuer fest, bis uns bessere Vorschläge gemacht werden. Jedenfalls müssen unsere alten Veteranen endlich dieses Ehrenvolles teilhaftig werden.  
 Abg. Kopsch (fortschrittliche Volkspartei): Das Beharren auf der Wehrsteuer zögere die Veteranenfürsorge nur hinaus. Wer diese ernsthaft wolle, sollte einer Verringerung der Liebesgabe zustimmen. Was die Wertzuwachssteuer anlangt, so luche ja gerade die Rechte sie in ihrem Ertrage zu verkleinern. (Widerpruch rechts.) Die Veteranenfürsorge sei dringend. Verschleppe man sie noch wieder um Jahre, so werde sie gegenstandslos.  
 Abg. von Liebert (Reichspartei): Mit schönen langen Reden wird den Veteranen nicht gedient. Die Vorgänge am Sonnabend haben im Lande Entrüstung hervorgerufen, die ablehnende Erklärung des Schatzsekretärs sowohl wie die negativen Abstimmungen über die Aufbringung der Mittel. Wir müssen jetzt etwas tun, um den Veteranen zu helfen. Der Widerstand der Regierungen muß endlich überwunden werden.  
 Abg. Werner (Reformpartei) äußert sich in gleichem Sinne. Es scheint, als ob der Schatzsekretär die Veteranen als Vorwand brauchen wollte für die Wertzuwachssteuer. (Sehr richtig! rechts.) Wir lassen uns auf diese Steuer nicht ein, denn das geht nicht so rasch.

Schatzsekretär Wermuth: Meine neulichsten Bedenken haben sich als berechtigt herausgestellt. Es sind schon sechs Entwürfe zugunsten der Veteranen ausgearbeitet worden. (Beifall.) Der Unterschied zwischen Ihrer und unserer Anschauung besteht nur darin, daß Sie Ausgaben beschließen, aber nicht einen geeigneten Weg für Einnahmen angeben. Das überlassen Sie uns. Ich hoffe auch, daß sich noch ein Weg finden wird, vielleicht durch Bereitstellung eines Teils des Ertrages der Reichswertzuwachssteuer.  
 Abg. Groeber (Zentrum): Die Wehrsteuer ist nicht abgelehnt, sondern nur die Resolution. Es fragt sich eben nur, wie die Ausführung ist. Das müssen wir allerdings erst wissen, ehe wir der Wehrsteuer, die ja sehr verschiedenes gestaltet sein kann, zustimmen.  
 Abg. Unstadt (konservativ): Wir halten, solange an der Wehrsteuer fest, bis uns bessere Vorschläge gemacht werden. Jedenfalls müssen unsere alten Veteranen endlich dieses Ehrenvolles teilhaftig werden.  
 Abg. Kopsch (fortschrittliche Volkspartei): Das Beharren auf der Wehrsteuer zögere die Veteranenfürsorge nur hinaus. Wer diese ernsthaft wolle, sollte einer Verringerung der Liebesgabe zustimmen. Was die Wertzuwachssteuer anlangt, so luche ja gerade die Rechte sie in ihrem Ertrage zu verkleinern. (Widerpruch rechts.) Die Veteranenfürsorge sei dringend. Verschleppe man sie noch wieder um Jahre, so werde sie gegenstandslos.  
 Abg. von Liebert (Reichspartei): Mit schönen langen Reden wird den Veteranen nicht gedient. Die Vorgänge am Sonnabend haben im Lande Entrüstung hervorgerufen, die ablehnende Erklärung des Schatzsekretärs sowohl wie die negativen Abstimmungen über die Aufbringung der Mittel. Wir müssen jetzt etwas tun, um den Veteranen zu helfen. Der Widerstand der Regierungen muß endlich überwunden werden.  
 Abg. Werner (Reformpartei) äußert sich in gleichem Sinne. Es scheint, als ob der Schatzsekretär die Veteranen als Vorwand brauchen wollte für die Wertzuwachssteuer. (Sehr richtig! rechts.) Wir lassen uns auf diese Steuer nicht ein, denn das geht nicht so rasch.

Schatzsekretär Wermuth: Meine neulichsten Bedenken haben sich als berechtigt herausgestellt. Es sind schon sechs Entwürfe zugunsten der Veteranen ausgearbeitet worden. (Beifall.) Der Unterschied zwischen Ihrer und unserer Anschauung besteht nur darin, daß Sie Ausgaben beschließen, aber nicht einen geeigneten Weg für Einnahmen angeben. Das überlassen Sie uns. Ich hoffe auch, daß sich noch ein Weg finden wird, vielleicht durch Bereitstellung eines Teils des Ertrages der Reichswertzuwachssteuer.  
 Abg. Groeber (Zentrum): Die Wehrsteuer ist nicht abgelehnt, sondern nur die Resolution. Es fragt sich eben nur, wie die Ausführung ist. Das müssen wir allerdings erst wissen, ehe wir der Wehrsteuer, die ja sehr verschiedenes gestaltet sein kann, zustimmen.  
 Abg. Unstadt (konservativ): Wir halten, solange an der Wehrsteuer fest, bis uns bessere Vorschläge gemacht werden. Jedenfalls müssen unsere alten Veteranen endlich dieses Ehrenvolles teilhaftig werden.  
 Abg. Kopsch (fortschrittliche Volkspartei): Das Beharren auf der Wehrsteuer zögere die Veteranenfürsorge nur hinaus. Wer diese ernsthaft wolle, sollte einer Verringerung der Liebesgabe zustimmen. Was die Wertzuwachssteuer anlangt, so luche ja gerade die Rechte sie in ihrem Ertrage zu verkleinern. (Widerpruch rechts.) Die Veteranenfürsorge sei dringend. Verschleppe man sie noch wieder um Jahre, so werde sie gegenstandslos.  
 Abg. von Liebert (Reichspartei): Mit schönen langen Reden wird den Veteranen nicht gedient. Die Vorgänge am Sonnabend haben im Lande Entrüstung hervorgerufen, die ablehnende Erklärung des Schatzsekretärs sowohl wie die negativen Abstimmungen über die Aufbringung der Mittel. Wir müssen jetzt etwas tun, um den Veteranen zu helfen. Der Widerstand der Regierungen muß endlich überwunden werden.  
 Abg. Werner (Reformpartei) äußert sich in gleichem Sinne. Es scheint, als ob der Schatzsekretär die Veteranen als Vorwand brauchen wollte für die Wertzuwachssteuer. (Sehr richtig! rechts.) Wir lassen uns auf diese Steuer nicht ein, denn das geht nicht so rasch.

Schatzsekretär Wermuth: Meine neulichsten Bedenken haben sich als berechtigt herausgestellt. Es sind schon sechs Entwürfe zugunsten der Veteranen ausgearbeitet worden. (Beifall.) Der Unterschied zwischen Ihrer und unserer Anschauung besteht nur darin, daß Sie Ausgaben beschließen, aber nicht einen geeigneten Weg für Einnahmen angeben. Das überlassen Sie uns. Ich hoffe auch, daß sich noch ein Weg finden wird, vielleicht durch Bereitstellung eines Teils des Ertrages der Reichswertzuwachssteuer.  
 Abg. Groeber (Zentrum): Die Wehrsteuer ist nicht abgelehnt, sondern nur die Resolution. Es fragt sich eben nur, wie die Ausführung ist. Das müssen wir allerdings erst wissen, ehe wir der Wehrsteuer, die ja sehr verschiedenes gestaltet sein kann, zustimmen.  
 Abg. Unstadt (konservativ): Wir halten, solange an der Wehrsteuer fest, bis uns bessere Vorschläge gemacht werden. Jedenfalls müssen unsere alten Veteranen endlich dieses Ehrenvolles teilhaftig werden.  
 Abg. Kopsch (fortschrittliche Volkspartei): Das Beharren auf der Wehrsteuer zögere die Veteranenfürsorge nur hinaus. Wer diese ernsthaft wolle, sollte einer Verringerung der Liebesgabe zustimmen. Was die Wertzuwachssteuer anlangt, so luche ja gerade die Rechte sie in ihrem Ertrage zu verkleinern. (Widerpruch rechts.) Die Veteranenfürsorge sei dringend. Verschleppe man sie noch wieder um Jahre, so werde sie gegenstandslos.  
 Abg. von Liebert (Reichspartei): Mit schönen langen Reden wird den Veteranen nicht gedient. Die Vorgänge am Sonnabend haben im Lande Entrüstung hervorgerufen, die ablehnende Erklärung des Schatzsekretärs sowohl wie die negativen Abstimmungen über die Aufbringung der Mittel. Wir müssen jetzt etwas tun, um den Veteranen zu helfen. Der Widerstand der Regierungen muß endlich überwunden werden.  
 Abg. Werner (Reformpartei) äußert sich in gleichem Sinne. Es scheint, als ob der Schatzsekretär die Veteranen als Vorwand brauchen wollte für die Wertzuwachssteuer. (Sehr richtig! rechts.) Wir lassen uns auf diese Steuer nicht ein, denn das geht nicht so rasch.

Schatzsekretär Wermuth: Meine neulichsten Bedenken haben sich als berechtigt herausgestellt. Es sind schon sechs Entwürfe zugunsten der Veteranen ausgearbeitet worden. (Beifall.) Der Unterschied zwischen Ihrer und unserer Anschauung besteht nur darin, daß Sie Ausgaben beschließen, aber nicht einen geeigneten Weg für Einnahmen angeben. Das überlassen Sie uns. Ich hoffe auch, daß sich noch ein Weg finden wird, vielleicht durch Bereitstellung eines Teils des Ertrages der Reichswertzuwachssteuer.  
 Abg. Groeber (Zentrum): Die Wehrsteuer ist nicht abgelehnt, sondern nur die Resolution. Es fragt sich eben nur, wie die Ausführung ist. Das müssen wir allerdings erst wissen, ehe wir der Wehrsteuer, die ja sehr verschiedenes gestaltet sein kann, zustimmen.  
 Abg. Unstadt (konservativ): Wir halten, solange an der Wehrsteuer fest, bis uns bessere Vorschläge gemacht werden. Jedenfalls müssen unsere alten Veteranen endlich dieses Ehrenvolles teilhaftig werden.  
 Abg. Kopsch (fortschrittliche Volkspartei): Das Beharren auf der Wehrsteuer zögere die Veteranenfürsorge nur hinaus. Wer diese ernsthaft wolle, sollte einer Verringerung der Liebesgabe zustimmen. Was die Wertzuwachssteuer anlangt, so luche ja gerade die Rechte sie in ihrem Ertrage zu verkleinern. (Widerpruch rechts.) Die Veteranenfürsorge sei dringend. Verschleppe man sie noch wieder um Jahre, so werde sie gegenstandslos.  
 Abg. von Liebert (Reichspartei): Mit schönen langen Reden wird den Veteranen nicht gedient. Die Vorgänge am Sonnabend haben im Lande Entrüstung hervorgerufen, die ablehnende Erklärung des Schatzsekretärs sowohl wie die negativen Abstimmungen über die Aufbringung der Mittel. Wir müssen jetzt etwas tun, um den Veteranen zu helfen. Der Widerstand der Regierungen muß endlich überwunden werden.  
 Abg. Werner (Reformpartei) äußert sich in gleichem Sinne. Es scheint, als ob der Schatzsekretär die Veteranen als Vorwand brauchen wollte für die Wertzuwachssteuer. (Sehr richtig! rechts.) Wir lassen uns auf diese Steuer nicht ein, denn das geht nicht so rasch.

Schatzsekretär Wermuth: Meine neulichsten Bedenken haben sich als berechtigt herausgestellt. Es sind schon sechs Entwürfe zugunsten der Veteranen ausgearbeitet worden. (Beifall.) Der Unterschied zwischen Ihrer und unserer Anschauung besteht nur darin, daß Sie Ausgaben beschließen, aber nicht einen geeigneten Weg für Einnahmen angeben. Das überlassen Sie uns. Ich hoffe auch, daß sich noch ein Weg finden wird, vielleicht durch Bereitstellung eines Teils des Ertrages der Reichswertzuwachssteuer.  
 Abg. Groeber (Zentrum): Die Wehrsteuer ist nicht abgelehnt, sondern nur die Resolution. Es fragt sich eben nur, wie die Ausführung ist. Das müssen wir allerdings erst wissen, ehe wir der Wehrsteuer, die ja sehr verschiedenes gestaltet sein kann, zustimmen.  
 Abg. Unstadt (konservativ): Wir halten, solange an der Wehrsteuer fest, bis uns bessere Vorschläge gemacht werden. Jedenfalls müssen unsere alten Veteranen endlich dieses Ehrenvolles teilhaftig werden.  
 Abg. Kopsch (fortschrittliche Volkspartei): Das Beharren auf der Wehrsteuer zögere die Veteranenfürsorge nur hinaus. Wer diese ernsthaft wolle, sollte einer Verringerung der Liebesgabe zustimmen. Was die Wertzuwachssteuer anlangt, so luche ja gerade die Rechte sie in ihrem Ertrage zu verkleinern. (Widerpruch rechts.) Die Veteranenfürsorge sei dringend. Verschleppe man sie noch wieder um Jahre, so werde sie gegenstandslos.  
 Abg. von Liebert (Reichspartei): Mit schönen langen Reden wird den Veteranen nicht gedient. Die Vorgänge am Sonnabend haben im Lande Entrüstung hervorgerufen, die ablehnende Erklärung des Schatzsekretärs sowohl wie die negativen Abstimmungen über die Aufbringung der Mittel. Wir müssen jetzt etwas tun, um den Veteranen zu helfen. Der Widerstand der Regierungen muß endlich überwunden werden.  
 Abg. Werner (Reformpartei) äußert sich in gleichem Sinne. Es scheint, als ob der Schatzsekretär die Veteranen als Vorwand brauchen wollte für die Wertzuwachssteuer. (Sehr richtig! rechts.) Wir lassen uns auf diese Steuer nicht ein, denn das geht nicht so rasch.

Schatzsekretär Wermuth: Meine neulichsten Bedenken haben sich als berechtigt herausgestellt. Es sind schon sechs Entwürfe zugunsten der Veteranen ausgearbeitet worden. (Beifall.) Der Unterschied zwischen Ihrer und unserer Anschauung besteht nur darin, daß Sie Ausgaben beschließen, aber nicht einen geeigneten Weg für Einnahmen angeben. Das überlassen Sie uns. Ich hoffe auch, daß sich noch ein Weg finden wird, vielleicht durch Bereitstellung eines Teils des Ertrages der Reichswertzuwachssteuer.  
 Abg. Groeber (Zentrum): Die Wehrsteuer ist nicht abgelehnt, sondern nur die Resolution. Es fragt sich eben nur, wie die Ausführung ist. Das müssen wir allerdings erst wissen, ehe wir der Wehrsteuer, die ja sehr verschiedenes gestaltet sein kann, zustimmen.  
 Abg. Unstadt (konservativ): Wir halten, solange an der Wehrsteuer fest, bis uns bessere Vorschläge gemacht werden. Jedenfalls müssen unsere alten Veteranen endlich dieses Ehrenvolles teilhaftig werden.  
 Abg. Kopsch (fortschrittliche Volkspartei): Das Beharren auf der Wehrsteuer zögere die Veteranenfürsorge nur hinaus. Wer diese ernsthaft wolle, sollte einer Verringerung der Liebesgabe zustimmen. Was die Wertzuwachssteuer anlangt, so luche ja gerade die Rechte sie in ihrem Ertrage zu verkleinern. (Widerpruch rechts.) Die Veteranenfürsorge sei dringend. Verschleppe man sie noch wieder um Jahre, so werde sie gegenstandslos.  
 Abg. von Liebert (Reichspartei): Mit schönen langen Reden wird den Veteranen nicht gedient. Die Vorgänge am Sonnabend haben im Lande Entrüstung hervorgerufen, die ablehnende Erklärung des Schatzsekretärs sowohl wie die negativen Abstimmungen über die Aufbringung der Mittel. Wir müssen jetzt etwas tun, um den Veteranen zu helfen. Der Widerstand der Regierungen muß endlich überwunden werden.  
 Abg. Werner (Reformpartei) äußert sich in gleichem Sinne. Es scheint, als ob der Schatzsekretär die Veteranen als Vorwand brauchen wollte für die Wertzuwachssteuer. (Sehr richtig! rechts.) Wir lassen uns auf diese Steuer nicht ein, denn das geht nicht so rasch.

Schatzsekretär Wermuth: Meine neulichsten Bedenken haben sich als berechtigt herausgestellt. Es sind schon sechs Entwürfe zugunsten der Veteranen ausgearbeitet worden. (Beifall.) Der Unterschied zwischen Ihrer und unserer Anschauung besteht nur darin, daß Sie Ausgaben beschließen, aber nicht einen geeigneten Weg für Einnahmen angeben. Das überlassen Sie uns. Ich hoffe auch, daß sich noch ein Weg finden wird, vielleicht durch Bereitstellung eines Teils des Ertrages der Reichswertzuwachssteuer.  
 Abg. Groeber (Zentrum): Die Wehrsteuer ist nicht abgelehnt, sondern nur die Resolution. Es fragt sich eben nur, wie die Ausführung ist. Das müssen wir allerdings erst wissen, ehe wir der Wehrsteuer, die ja sehr verschiedenes gestaltet sein kann, zustimmen.  
 Abg. Unstadt (konservativ): Wir halten, solange an der Wehrsteuer fest, bis uns bessere Vorschläge gemacht werden. Jedenfalls müssen unsere alten Veteranen endlich dieses Ehrenvolles teilhaftig werden.  
 Abg. Kopsch (fortschrittliche Volkspartei): Das Beharren auf der Wehrsteuer zögere die Veteranenfürsorge nur hinaus. Wer diese ernsthaft wolle, sollte einer Verringerung der Liebesgabe zustimmen. Was die Wertzuwachssteuer anlangt, so luche ja gerade die Rechte sie in ihrem Ertrage zu verkleinern. (Widerpruch rechts.) Die Veteranenfürsorge sei dringend. Verschleppe man sie noch wieder um Jahre, so werde sie gegenstandslos.  
 Abg. von Liebert (Reichspartei): Mit schönen langen Reden wird den Veteranen nicht gedient. Die Vorgänge am Sonnabend haben im Lande Entrüstung hervorgerufen, die ablehnende Erklärung des Schatzsekretärs sowohl wie die negativen Abstimmungen über die Aufbringung der Mittel. Wir müssen jetzt etwas tun, um den Veteranen zu helfen. Der Widerstand der Regierungen muß endlich überwunden werden.  
 Abg. Werner (Reformpartei) äußert sich in gleichem Sinne. Es scheint, als ob der Schatzsekretär die Veteranen als Vorwand brauchen wollte für die Wertzuwachssteuer. (Sehr richtig! rechts.) Wir lassen uns auf diese Steuer nicht ein, denn das geht nicht so rasch.

Schatzsekretär Wermuth: Meine neulichsten Bedenken haben sich als berechtigt herausgestellt. Es sind schon sechs Entwürfe zugunsten der Veteranen ausgearbeitet worden. (Beifall.) Der Unterschied zwischen Ihrer und unserer Anschauung besteht nur darin, daß Sie Ausgaben beschließen, aber nicht einen geeigneten Weg für Einnahmen angeben. Das überlassen Sie uns. Ich hoffe auch, daß sich noch ein Weg finden wird, vielleicht durch Bereitstellung eines Teils des Ertrages der Reichswertzuwachssteuer.  
 Abg. Groeber (Zentrum): Die Wehrsteuer ist nicht abgelehnt, sondern nur die Resolution. Es fragt sich eben nur, wie die Ausführung ist. Das müssen wir allerdings erst wissen, ehe wir der Wehrsteuer, die ja sehr verschiedenes gestaltet sein kann, zustimmen.  
 Abg. Unstadt (konservativ): Wir halten, solange an der Wehrsteuer fest, bis uns bessere Vorschläge gemacht werden. Jedenfalls müssen unsere alten Veteranen endlich dieses Ehrenvolles teilhaftig werden.  
 Abg. Kopsch (fortschrittliche Volkspartei): Das Beharren auf der Wehrsteuer zögere die Veteranenfürsorge nur hinaus. Wer diese ernsthaft wolle, sollte einer Verringerung der Liebesgabe zustimmen. Was die Wertzuwachssteuer anlangt, so luche ja gerade die Rechte sie in ihrem Ertrage zu verkleinern. (Widerpruch rechts.) Die Veteranenfürsorge sei dringend. Verschleppe man sie noch wieder um Jahre, so werde sie gegenstandslos.  
 Abg. von Liebert (Reichspartei): Mit schönen langen Reden wird den Veteranen nicht gedient. Die Vorgänge am Sonnabend haben im Lande Entrüstung hervorgerufen, die ablehnende Erklärung des Schatzsekretärs sowohl wie die negativen Abstimmungen über die Aufbringung der Mittel. Wir müssen jetzt etwas tun, um den Veteranen zu helfen. Der Widerstand der Regierungen muß endlich überwunden werden.  
 Abg. Werner (Reformpartei) äußert sich in gleichem Sinne. Es scheint, als ob der Schatzsekretär die Veteranen als Vorwand brauchen wollte für die Wertzuwachssteuer. (Sehr richtig! rechts.) Wir lassen uns auf diese Steuer nicht ein, denn das geht nicht so rasch.

## Eine Handelskammer über die Reichsfinanzreform.

Etwas anderes und doch vielleicht richtiger als viele Handelskammern und kaufmännisch-industrielle Korporationen beurteilt die Dortmund-Handelskammer die Reichsfinanzreform des Jahres 1909. Die „Deutsche Volkswirtschaftliche Korrespondenz“ entnimmt dem letzten Jahresbericht der Kammer folgende mit einiger Ironie einsehende Ausführung:  
 „Von den Verbrauchssteuern ist jedesmal diejenige am verdammenswertesten, welche den Zahlenden am unmittelbarsten trifft. Die Erhöhung des Kaffeepreises und die Zündholzsteuer finden viele vom Standpunkte gesunder Steuerpolitik für durchaus verwerflich und die dadurch hervorgerufene Unzufriedenheit voll begründet; andere teilen diesen Standpunkt durchaus nicht. Ebenso geht es mit der Talonsteuer und ihrer „technisch-mangelhaften Ausführung“. Wollends gibt es viele, die eine Reichsfinanzreform ohne Erbschaftsteuer oder doch Erbschaftsteuer überhaupt für keine Reform, sondern für eine Deform halten. Und doch sagen andere: Wäre das Ergebnis dieses Kampfes eine Reform, die ihren Namen wirklich verdiente, die das seit langen Jahren empfundene nationale Bedürfnis vollständig befriedigte, der Reichsfinanzwirtschaft die dauernde feste Grundlage geistlicher Selbständigkeit zu geben, so müßte das Jahr 1909 unmittelbar neben seinem großen Vorgänger vor 30 Jahren, dem Jahre 1879, genannt werden, das unsere nationale Wirtschaftspolitik gegründet hat. Immerhin bleibt, was im entscheidenden Jahre erreicht worden ist, ein Erfolg von fast unvergleichlicher Tragweite. Eine Steuererhöhung um halb eine halbe Milliarde Mark ist ein finanzpolitischer Akt, dessen Größe weder durch die unzulängliche oder bedenkliche Beschaffenheit einzelner Steuern noch durch die politischen Opfer, mit denen die Erhöhung erkauft werden mußte, aufgehoben werden kann. Erst wenn die zeitliche Distanz für ein gerechtes und besonnenes historisches Urteil erreicht, wenn der Lärm der Steuerkämpfe ganz verstummt, die Entrüstung der Besiegten verblasst und überwunden sein, die Steuerhebe als nicht mehr zugrätig ihr Ende gefunden haben wird, wenn sich der wirkliche Wert jener politischen Opfer richtig abschätzen lassen und der volle Ertrag

Schatzsekretär Wermuth: Meine neulichsten Bedenken haben sich als berechtigt herausgestellt. Es sind schon sechs Entwürfe zugunsten der Veteranen ausgearbeitet worden. (Beifall.) Der Unterschied zwischen Ihrer und unserer Anschauung besteht nur darin, daß Sie Ausgaben beschließen, aber nicht einen geeigneten Weg für Einnahmen angeben. Das überlassen Sie uns. Ich hoffe auch, daß sich noch ein Weg finden wird, vielleicht durch Bereitstellung eines Teils des Ertrages der Reichswertzuwachssteuer.  
 Abg. Groeber (Zentrum): Die Wehrsteuer ist nicht abgelehnt, sondern nur die Resolution. Es fragt sich eben nur, wie die Ausführung ist. Das müssen wir allerdings erst wissen, ehe wir der Wehrsteuer, die ja sehr verschiedenes gestaltet sein kann, zustimmen.  
 Abg. Unstadt (konservativ): Wir halten, solange an der Wehrsteuer fest, bis uns bessere Vorschläge gemacht werden. Jedenfalls müssen unsere alten Veteranen endlich dieses Ehrenvolles teilhaftig werden.  
 Abg. Kopsch (fortschrittliche Volkspartei): Das Beharren auf der Wehrsteuer zögere die Veteranenfürsorge nur hinaus. Wer diese ernsthaft wolle, sollte einer Verringerung der Liebesgabe zustimmen. Was die Wertzuwachssteuer anlangt, so luche ja gerade die Rechte sie in ihrem Ertrage zu verkleinern. (Widerpruch rechts.) Die Veteranenfürsorge sei dringend. Verschleppe man sie noch wieder um Jahre, so werde sie gegenstandslos.  
 Abg. von Liebert (Reichspartei): Mit schönen langen Reden wird den Veteranen nicht gedient. Die Vorgänge am Sonnabend haben im Lande Entrüstung hervorgerufen, die ablehnende Erklärung des Schatzsekretärs sowohl wie die negativen Abstimmungen über die Aufbringung der Mittel. Wir müssen jetzt etwas tun, um den Veteranen zu helfen. Der Widerstand der Regierungen muß endlich überwunden werden.  
 Abg. Werner (Reformpartei) äußert sich in gleichem Sinne. Es scheint, als ob der Schatzsekretär die Veteranen als Vorwand brauchen wollte für die Wertzuwachssteuer. (Sehr richtig! rechts.) Wir lassen uns auf diese Steuer nicht ein, denn das geht nicht so rasch.

Schatzsekretär Wermuth: Meine neulichsten Bedenken haben sich als berechtigt herausgestellt. Es sind schon sechs Entwürfe zugunsten der Veteranen ausgearbeitet worden. (Beifall.) Der Unterschied zwischen Ihrer und unserer Anschauung besteht nur darin, daß Sie Ausgaben beschließen, aber nicht einen geeigneten Weg für Einnahmen angeben. Das überlassen Sie uns. Ich hoffe auch, daß sich noch ein Weg finden wird, vielleicht durch Bereitstellung eines Teils des Ertrages der Reichswertzuwachssteuer.  
 Abg. Groeber (Zentrum): Die Wehrsteuer ist nicht abgelehnt, sondern nur die Resolution. Es fragt sich eben nur, wie die Ausführung ist. Das müssen wir allerdings erst wissen, ehe wir der Wehrsteuer, die ja sehr verschiedenes gestaltet sein kann, zustimmen.  
 Abg. Unstadt (konservativ): Wir halten, solange an der Wehrsteuer fest, bis uns bessere Vorschläge gemacht werden. Jedenfalls müssen unsere alten Veteranen endlich dieses Ehrenvolles teilhaftig werden.  
 Abg. Kopsch (fortschrittliche Volkspartei): Das Beharren auf der Wehrsteuer zögere die Veteranenfürsorge nur hinaus. Wer diese ernsthaft wolle, sollte einer Verringerung der Liebesgabe zustimmen. Was die Wertzuwachssteuer anlangt, so luche ja gerade die Rechte sie in ihrem Ertrage zu verkleinern. (Widerpruch rechts.) Die Veteranenfürsorge sei dringend. Verschleppe man sie noch wieder um Jahre, so werde sie gegenstandslos.  
 Abg. von Liebert (Reichspartei): Mit schönen langen Reden wird den Veteranen nicht gedient. Die Vorgänge am Sonnabend haben im Lande Entrüstung hervorgerufen, die ablehnende Erklärung des Schatzsekretärs sowohl wie die negativen Abstimmungen über die Aufbringung der Mittel. Wir müssen jetzt etwas tun, um den Veteranen zu helfen. Der Widerstand der Regierungen muß endlich überwunden werden.  
 Abg. Werner (Reformpartei) äußert sich in gleichem Sinne. Es scheint, als ob der Schatzsekretär die Veteranen als Vorwand brauchen wollte für die Wertzuwachssteuer. (Sehr richtig! rechts.) Wir lassen uns auf diese Steuer nicht ein, denn das geht nicht so rasch.

Schatzsekretär Wermuth: Meine neulichsten Bedenken haben sich als berechtigt herausgestellt. Es sind schon sechs Entwürfe zugunsten der Veteranen ausgearbeitet worden. (Beifall.) Der Unterschied zwischen Ihrer und unserer Anschauung besteht nur darin, daß Sie Ausgaben beschließen, aber nicht einen geeigneten Weg für Einnahmen angeben. Das überlassen Sie uns. Ich hoffe auch, daß sich noch ein Weg finden wird, vielleicht durch Bereitstellung eines Teils des Ertrages der Reichswertzuwachssteuer.  
 Abg. Groeber (Zentrum): Die Wehrsteuer ist nicht abgelehnt, sondern nur die Resolution. Es fragt sich eben nur, wie die Ausführung ist. Das müssen wir allerdings erst wissen, ehe wir der Wehrsteuer, die ja sehr verschiedenes gestaltet sein kann, zustimmen.  
 Abg. Unstadt (konservativ): Wir halten, solange an der Wehrsteuer fest, bis uns bessere Vorschläge gemacht werden. Jedenfalls müssen unsere alten Veteranen endlich dieses Ehrenvolles teilhaftig werden.  
 Abg. Kopsch (fortschrittliche Volkspartei): Das Beharren auf der Wehrsteuer zögere die Veteranenfürsorge nur hinaus. Wer diese ernsthaft wolle, sollte einer Verringerung der Liebesgabe zustimmen. Was die Wertzuwachssteuer anlangt, so luche ja gerade die Rechte sie in ihrem Ertrage zu verkleinern. (Widerpruch rechts.) Die Veteranenfürsorge sei dringend. Verschleppe man sie noch wieder um Jahre, so werde sie gegenstandslos.  
 Abg. von Liebert (Reichspartei): Mit schönen langen Reden wird den Veteranen nicht gedient. Die Vorgänge am Sonnabend haben im Lande Entrüstung hervorgerufen, die ablehnende Erklärung des Schatzsekretärs sowohl wie die negativen Abstimmungen über die Aufbringung der Mittel. Wir müssen jetzt etwas tun, um den Veteranen zu helfen. Der Widerstand der Regierungen muß endlich überwunden werden.  
 Abg. Werner (Reformpartei) äußert sich in gleichem Sinne. Es scheint, als ob der Schatzsekretär die Veteranen als Vorwand brauchen wollte für die Wertzuwachssteuer. (Sehr richtig! rechts.) Wir lassen uns auf diese Steuer nicht ein, denn das geht nicht so rasch.

Schatzsekretär Wermuth: Meine neulichsten Bedenken haben sich als berechtigt herausgestellt. Es sind schon sechs Entwürfe zugunsten der Veteranen ausgearbeitet worden. (Beifall.) Der Unterschied zwischen Ihrer und unserer Anschauung besteht nur darin, daß Sie Ausgaben beschließen, aber nicht einen geeigneten Weg für Einnahmen angeben. Das überlassen Sie uns. Ich hoffe auch, daß sich noch ein Weg finden wird, vielleicht durch Bereitstellung eines Teils des Ertrages der Reichswertzuwachssteuer.  
 Abg. Groeber (Zentrum): Die Wehrsteuer ist nicht abgelehnt, sondern nur die Resolution. Es fragt sich eben nur, wie die Ausführung ist. Das müssen wir allerdings erst wissen, ehe wir der Wehrsteuer, die ja sehr verschiedenes gestaltet sein kann, zustimmen.  
 Abg. Unstadt (konservativ): Wir halten, solange an der Wehrsteuer fest, bis uns bessere Vorschläge gemacht werden. Jedenfalls müssen unsere alten Veteranen endlich dieses Ehrenvolles teilhaftig werden.  
 Abg. Kopsch (fortschrittliche Volkspartei): Das Beharren auf der Wehrsteuer zögere die Veteranenfürsorge nur hinaus. Wer diese ernsthaft wolle, sollte einer Verringerung der Liebesgabe zustimmen. Was die Wertzuwachssteuer anlangt, so luche ja gerade die Rechte sie in ihrem Ertrage zu verkleinern. (Widerpruch rechts.) Die Veteranenfürsorge sei dringend. Verschleppe man sie noch wieder um Jahre, so werde sie gegenstandslos.  
 Abg. von Liebert (Reichspartei): Mit schönen langen Reden wird den Veteranen nicht gedient. Die Vorgänge am Sonnabend haben im Lande Entrüstung hervorgerufen, die ablehnende Erklärung des Schatzsekretärs sowohl wie die negativen Abstimmungen

Der neuen Steuern wirksam sein wird: erst dann wird zu ersehen sein, was das Jahr 1909 für die Finanzpolitik und die Nationalwirtschaft geleistet hat und als Entwicklungsfaktor bedeutet.

Wer um die kritische Zeit der Reichsfinanzkämpfe des letzten Jahres schon in seiner Sommerfrische im Auslande, sagen wir einmal in einem Seebadeorte des tyrrhenischen Meeres, weilte, dem wurde es schwer, seinen italienischen Tischgenossen klar zu machen, daß nicht weniger als 500 Millionen neuer jährlicher Steuern jetzt in Deutschland bewilligt werden sollten. Man wurde bedauert, daß man sich in der Vorkriegszeit hätte, und daß es sich wohl um 5 Millionen handele. Daß es aber um mehr als 50 Millionen gehe, wollte niemand glauben. Ein so großer Anstieg einer verlotterten Finanzwirtschaft plötzlich eingetretener Mehrbedarf ist gewiß in der Finanzgeschichte der Völker bisher nicht zu verzeichnen, ausgenommen in der Zeit vor der französischen Revolution.

### Sicherung der Bauforderungen.

Der Haus- und Grundbesitzerverein zu Schöneberg bei Berlin hat an das Abgeordnetenhaus eine mit großer Mehrheit beschlossene Petition gerichtet, in der er bittet, darauf hinzuwirken, daß der zweite Teil des Gesetzes über die Sicherung der Bauforderungen durch landesherrliche Verordnung in Groß-Berlin baldmöglichst eingeführt werde. Der genannte Verein geht hierbei, wie er in der Begründung der Petition betont, von der Auffassung aus, daß erst der zweite Teil des Gesetzes in wirksamer Weise die Gesundung der bauwirtschaftlichen Verhältnisse beeinflussen und es verhindern wird, daß mittellose Unternehmer oder auch solche, deren Kapital in keinem Verhältnis zu der Größe ihres Unternehmens steht, lediglich auf Kredit basierte Bauten beginnen können und nachher ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen außerstande sind. Das Emporwachsen von Baulichkeiten, welche schon im Fundament den Keim der Zwangsvollstreckung tragen, wird vermieden, und die Verluste der Bauhandwerker und der von ihnen abhängigen Arbeiter werden sich vermindern. Das reelle Baugewerbe wird auch durch den zweiten Teil des Gesetzes keine Schädigung erfahren, sondern im Gegenteil durch Verminderung der Substitutionsbauten nur an Reellität und Lebenskraft gewinnen. Der Schöneberger Haus- und Grundbesitzerverein hält daher die baldige Einführung des zweiten Teiles dieses Gesetzes für dringend notwendig und hofft, daß seine Bitte baldige Erfüllung findet. — Dieser Bitte werden sich außer den Bauhandwerkern alle überzeugten Mittelstandsfreunde gern anschließen, und sie werden es mit besonderer Freude begrüßen, daß hier nach der Inkraftsetzung des ersten Teiles des Gesetzes zur Sicherung der Bauforderungen in so unzweideutiger Sprache gerade von einem Haus- und Grundbesitzerverein gerufen wird. Lange hat man die Grundbesitzer und die Bauhandwerker gegeneinander ausgespielt. Aber immer klarer tritt die Erkenntnis hervor, daß sich die Interessen der beiden Gruppen nicht kreuzen, sondern parallel laufend zu denselben Zielen führen. Ob immer Treu und Redlichkeit! Zu der langen Reihe von Gesetzen, die lediglich einen neuen Text zu dieser alten Melodie liefern, gehört ja auch das Bauhandwerkerschutzgesetz. Es will in der Tat nichts weiter als Treu und Redlichkeit, deren Respektierung doch allen Anständigen selbstverständlich erscheint, auf einem bestimmten Gebiete menschlichen Schaffens wegen der hier lange gemachten trübenden Erfahrungen zu erzwingen. Gewiß, Leute, die dem Dichter verschämt nach-

sprechen: „Nicht Kinder bloß speißt man mit Märchen ab!“ haben mit vorübergehendem Erfolge versucht, das Gruseln zu lehren. Immer wieder kehrt der Einwand wieder, trete der zweite Teil des Gesetzes in Kraft, so werde die Bautätigkeit völlig eingestellt werden, und dann werden die Bauhandwerker mit zuerst das Nachsehen haben. Mit solchen plumpen Übertreibungen hat man leichtgläubigen Gemütern kurze Zeit zu imponieren vermocht, aber auf die Dauer sind dann die Früchte dieser Erzählungen doch zu kurz gewesen. Wird nicht vor dem Beginn jedes Unternehmens überlegt, ob auch die Mittel zu seiner Durchführung vorhanden sind? Ist es also ein gar so auffälliges Gesetz, das diese Überlegung auch auf die Bauhandwerkerforderungen ausdehnt und den Niederschlag in einer bestimmten Hypothek verlangt? Mit Recht stellt der Schöneberger Haus- und Grundbesitzerverein fest, daß das reelle Baugewerbe durch den zweiten Teil des Gesetzes wegen der sicher zu erwartenden Verminderung der Substitutionsbauten an Reellität und Lebenskraft nur gewinnen kann. Nur auf diesen Teil des Baugewerbes aber, der erfreulicherweise zugleich die große Mehrheit darstellt, ist Wert zu legen. Wie jetzt die Dinge liegen, wirkt das Gesetz zum Schutze der Bauhandwerker lediglich zum Schutze derer, die es nicht schätzen, sondern zurücktreiben wollen; im Schutze der Regierung staubt es ein, während es draußen im praktischen Leben unreines Geschäftsgedanken verhilft oder nachdrücklich ahnden sollte. Die Methode, ein Gesetz mit scharfen Zähnen zu schaffen und dann das ganze Gebiß in ein Wasserglas zu legen, sollte schleunigst wieder abgeschafft werden. Gewiß, diese Waffe gegen unlaute Bauunternehmer ist nicht überall notwendig. Auf dem Lande und in der Kleinstadt wird der Spekulant, der an Substitutionsbauten reich werden möchte, sich schnell unmöglich machen, und so begreift man es, daß die Inkraftsetzung des zweiten Teiles des Bauhandwerkerschutzgesetzes für den einzelnen Bezirk der besonderen Verordnung vorbehalten geblieben ist. Der Bauhandwerker ist in besonderer Weise eine Großstadtspflanze, und so ist es nur zu natürlich, daß sich in großstädtischen Handwerkerkreisen wachsender Anmut über das Ausbleiben des von ihnen längst als notwendig erkannten verstärkten Schutzes auffallend lebhaft geltend macht. Bei gewöhnlichen Sterblichen mag ja schon der Gedanke, es könnte ein schärferes Gesetz kommen, hinreichend abschreckend wirken. Bei den unsoliden Baupespekulanten aber mit ihrem robusten Gewissen und dem beherrschenden Rechtsempfinden genügt die drohende Bereithaltung strengerer Abwehrmaßregeln nicht. Hier muß zum mindesten in einzelnen Großstädten auch der zweite Teil des Gesetzes Geltung erlangen. Kam nicht das ganze Schutzgesetz nur im Schneltempo näher? Sind nicht seit der ersten Anregung durch eine große Handwerkerorganisation mehr denn zwei Jahrzehnte verfloßen? Müßen sich erst wieder wie am Anfang der 90er Jahre wahre Katastrophen ereignen? Früher mochten Erwägungen am Platze sein. Aber jetzt gebe man die Bahn frei für entschlossene Tat und verbiete damit, daß der Regierung bei neuem Unheil vorgehalten werden muß: „Ihr konntet verhindern, aber ihr versäumt es!“ Der Bauhandwerkerstand hat harte Verluste so lange hinnehmen müssen und hat auf Besserung mit solcher Geduld gewartet, daß jetzt, da Hilfe möglich ist, sie auch bereitwillig und uneingeschränkt gewährt werden sollte.

### Provinzialnachrichten.

Danzig, 26. April. (Verschiedenes.) Das „Kirchliche Amtsblatt des Konsistoriums der Pro-

vinz Westpreußen“ meldet: Der seitherige zweite Prediger Uernhammer an der St. Johannis-Kirche in Danzig, Diözese Danzig-Stadt, ist zum ersten Prediger an derselben Kirche berufen und von uns bestätigt worden. Die zweite Pfarrstelle an der St. Johannis-Kirche in Danzig, privaten Patronats, gelangt infolge Berufung des bisherigen Stelleninhabers in die erste Pfarrstelle an derselben Kirche zum 1. Juli d. Js. zur Erledigung. Die Besetzung der Stelle erfolgt durch den Magistrat in Danzig, welchem die Kirchengemeinde-Organen zwei Bewerber zu präsentieren haben. Die Stelle gehört der ersten Grundgehaltsklasse an. Dienstwohnung ist vorhanden. Der Bezug des Dienstlohnkommens regelt sich nach dem Pfarrerechtsgesetz vom 26. Mai 1909. Die Gemeinde zählt rund 8000 Seelen. Bewerbungen sind binnen drei Wochen an den Gemeinde-Rath zu richten. Die Gloden von St. Katharinen, der ältesten Kirche Danzigs, werden, nachdem sie fast fünf Jahre verstimmt, am nächsten Sonntag zum erstenmale wieder in ihrer Gesamtheit ertönen. An diesem Tage findet auch die Einweihung des neuen großen Güterwerks statt. Das sogenannte „größte Glockenspiel der Welt“ kann, wenn die Instandhaltung auch schon weit vorgeschritten ist, zu dem Festtage nur soweit provisorisch hergerichtet werden, daß einige Chöre, allerdings schon mit vollen Akkorden, mittels des mechanischen Betriebes gespielt werden können. Eine besonders umfassende kirchliche Feier mit einem entsprechenden musikalischen Teile soll dem nächsten Sonntage die rechte Weihe geben. Das Glockenspiel, welches in drei Oktaven 37 Glocken im Gesamtgewicht von etwa 350 Zentnern — die größte 54 Zentner — umfaßt, außerdem einer mechanischen Spieltrommel im Gewicht von 100 Zentnern bedarf, soll, wenn möglich, bis zum 3. Juli d. Js. für dauernden Betrieb fertig montiert sein. — Ergänzt hat sich vergangene Nacht der Wächter Seegler aus Krakau, der bei der Holzschneidemühle von Georg Upret-Rückort bedienstet war. Morgens fand man ihn im Kesselhaus tot vor. Was den alten 65-jährigen Mann in den Tod getrieben hat, ist unbekannt.

Berent, 25. April. (Luftballon.) Montag um 9 Uhr vormittags landete in unserem Walde, in der Nähe des Schützenhauses, ein Luftballon. Nach Aussage seiner aus drei Herren, darunter einen Artillerie-Offizier, bestehenden Insassen stieg der Ballon am Sonntag um 7 Uhr abends in Nürnberg auf. Der Wind trieb ihn über Bayreuth, Hof und Egemünz in nordöstlicher Richtung bis Berent. Schon hinter Chemnitz trat die Nachtfinsternis ein, so daß die Luftschiffer sich erst in Ronitz über die Gegend einigermaßen orientieren konnten. Deutlich hörten sie in der Luft den ihnen zugerufenen Namen des Dorfes Frankenhagen. Der Ballon bewegte sich in der Höhe zwischen 700—1100 Meter. Bei Berent ließ der Ballon sehr niedrig und die Luftschiffer wollten schon vor dem Walde auf freiem Felde landen, wurden jedoch bis in den Wald hineingetrieben, und der Korb des Ballons streifte bereits die Spitzen der Bäume. So ging eine kleine Strecke in den Wald hinein, bis zu dem von Berent nach Witow führenden Bahngelände. Dort schlug der Ballon an die Telegraphendrähte, die bei einer Stange an, der Ballon befand sich über, der Korb unter den Drähten, und so kam das Luftschiff zum Landen. In der Telegraphenstange kletterten die Luftschiffer unverletzt zur Erde herunter. Mit dem 4 Uhr-Zuge nachmittags traten sie die Heimreise nach Nürnberg an.

Justizverurteilung, 26. April. (Einen Selbstmordversuch) machte gestern Vormittag der Amtsgerichtssekretär M. in den Keuleniker Schluchten, indem er sich eine Kugel durch den Mund in die rechte Kopfsseite schob. Von Militärpersonen wurde er noch lebend aufgefunden und seine Überführung in das Kreiskrankenhaus veranlaßt. Sein Zustand ist bedenklich und wenig Aussicht auf Erhaltung des Lebens vorhanden. Unheil-

lassen, sondern dasselbe erst recht zu ergötzen, wie einer schwermütigen Neigung, doch sie zwang tapfer ihre Verstimmung nieder. Zum Fünfuhr-Teel kamen ganz unerwartet Dodo, deren Schwester und Bella.

„Wir fahren unsern Kagenjammer spazieren,“ sagte letztere, „nach solchen Festtagen entsteht immer eine gewisse Leere im Hause, obgleich es bei uns noch voll von Menschen ist.“

„Ich wollte Ihnen längst meinen Besuch machen, gnädige Frau,“ wandte sich Dodo etwas herablassend an Gesina, für welche sie, so oft sie sie in Gesellschaft getroffen, nie die allerknappste Höflichkeit gebahrt.

bares Weiden hat den Lebensmüden zu der Tat getrieben.

### Sozialnachrichten.

Zur Erinnerung. 29. April. 1909. Zusammenkunft des englischen und italienischen Königspaares zu Bala. 1901 Kampf bei Malatini im Zulu-Lande zwischen Buren und Engländern. 1897 Gefechte zwischen Griechen und Türken bei Velestino. 1897 Brand der großen Infanteriekaserne zu Zwidau. 1897 Kontradmiral Friedrich Graf von Hake zu Berlin. 1883 Hermann Schulze-Delitzsch. 1859 Österreichische Truppen überziehen den Ticino, was Napoleon III. als Kriegserklärung. 1848 Niederlage der Polen bei Kions. 1831 Friedrich, Herzog von Anhalt. 1380 Katharina von Siena, die Heilige.

Thorn, 28. April 1910.

(Personalien.) Mit der Veranlassung der Regierungs- und Medizinalratsstelle in Allenstein ist vom 1. Mai ab der Medizinalrat Dr. Meyen aus Potsdam beauftragt worden.

Dem Oberzollesnehmer a. D. Wilhelm Bollmann zu Oliva, bisher in Marienburg ist der königl. Kronenorden vierter Klasse verliehen worden.

(Personalien bei der Justiz.) Dem Amtsgerichtssekretär und Dolmetscher Albert v. Tempel aus Buzig ist bei seinem Eintritt in den Ruhestand der Charakter als Richter verliehen worden.

(Der Verband der ost- und westpreussischen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften) hält in diesem Jahre seinen Verbandstag in den Tagen vom 5. bis 7. Juni in Eyd ab.

(Mord und Totschlag in Westpreußen.) In Preußen fielen im Jahre 1908 nicht weniger als 834 Personen einem Mord oder einem Totschlag zum Opfer. Auf Westpreußen entfallen davon 40.

(Zum Kampfe im Baugewerbe.) In Ronitz waren am Montag die Mitglieder der Arbeitervereine aus den Kreisen Ronitz, Schöckow, Luchel, Flatow und Gersk zu einer Versammlung zusammengetreten. Es wurde festgestellt, daß sämtliche Mitglieder in genannten Kreisen sich an der Aussperrung der Bauarbeiter einmütig beteiligen. Es wurden auch von den Vertretern der umliegenden Städte, in denen Ortsverbände bisher nicht bestanden, mehrere neue Ortsverbände gegründet, welche dem westpreussischen Landesverband für das Baugewerbe beitreten und sich gleichzeitig verpflichteten, sich an der beschlossenen Aussperrung der Bauarbeiter in weitestem Maße zu beteiligen.

Der neuen Steuern wirksam sein wird: erst dann wird zu ersehen sein, was das Jahr 1909 für die Finanzpolitik und die Nationalwirtschaft geleistet hat und als Entwicklungsfaktor bedeutet.

Wer um die kritische Zeit der Reichsfinanzkämpfe des letzten Jahres schon in seiner Sommerfrische im Auslande, sagen wir einmal in einem Seebadeorte des tyrrhenischen Meeres, weilte, dem wurde es schwer, seinen italienischen Tischgenossen klar zu machen, daß nicht weniger als 500 Millionen neuer jährlicher Steuern jetzt in Deutschland bewilligt werden sollten. Man wurde bedauert, daß man sich in der Vorkriegszeit hätte, und daß es sich wohl um 5 Millionen handele. Daß es aber um mehr als 50 Millionen gehe, wollte niemand glauben. Ein so großer Anstieg einer verlotterten Finanzwirtschaft plötzlich eingetretener Mehrbedarf ist gewiß in der Finanzgeschichte der Völker bisher nicht zu verzeichnen, ausgenommen in der Zeit vor der französischen Revolution.

### Sicherung der Bauforderungen.

Der Haus- und Grundbesitzerverein zu Schöneberg bei Berlin hat an das Abgeordnetenhaus eine mit großer Mehrheit beschlossene Petition gerichtet, in der er bittet, darauf hinzuwirken, daß der zweite Teil des Gesetzes über die Sicherung der Bauforderungen durch landesherrliche Verordnung in Groß-Berlin baldmöglichst eingeführt werde. Der genannte Verein geht hierbei, wie er in der Begründung der Petition betont, von der Auffassung aus, daß erst der zweite Teil des Gesetzes in wirksamer Weise die Gesundung der bauwirtschaftlichen Verhältnisse beeinflussen und es verhindern wird, daß mittellose Unternehmer oder auch solche, deren Kapital in keinem Verhältnis zu der Größe ihres Unternehmens steht, lediglich auf Kredit basierte Bauten beginnen können und nachher ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen außerstande sind. Das Emporwachsen von Baulichkeiten, welche schon im Fundament den Keim der Zwangsvollstreckung tragen, wird vermieden, und die Verluste der Bauhandwerker und der von ihnen abhängigen Arbeiter werden sich vermindern. Das reelle Baugewerbe wird auch durch den zweiten Teil des Gesetzes keine Schädigung erfahren, sondern im Gegenteil durch Verminderung der Substitutionsbauten nur an Reellität und Lebenskraft gewinnen. Der Schöneberger Haus- und Grundbesitzerverein hält daher die baldige Einführung des zweiten Teiles dieses Gesetzes für dringend notwendig und hofft, daß seine Bitte baldige Erfüllung findet. — Dieser Bitte werden sich außer den Bauhandwerkern alle überzeugten Mittelstandsfreunde gern anschließen, und sie werden es mit besonderer Freude begrüßen, daß hier nach der Inkraftsetzung des ersten Teiles des Gesetzes zur Sicherung der Bauforderungen in so unzweideutiger Sprache gerade von einem Haus- und Grundbesitzerverein gerufen wird. Lange hat man die Grundbesitzer und die Bauhandwerker gegeneinander ausgespielt. Aber immer klarer tritt die Erkenntnis hervor, daß sich die Interessen der beiden Gruppen nicht kreuzen, sondern parallel laufend zu denselben Zielen führen. Ob immer Treu und Redlichkeit! Zu der langen Reihe von Gesetzen, die lediglich einen neuen Text zu dieser alten Melodie liefern, gehört ja auch das Bauhandwerkerschutzgesetz. Es will in der Tat nichts weiter als Treu und Redlichkeit, deren Respektierung doch allen Anständigen selbstverständlich erscheint, auf einem bestimmten Gebiete menschlichen Schaffens wegen der hier lange gemachten trübenden Erfahrungen zu erzwingen. Gewiß, Leute, die dem Dichter verschämt nach-

### 9. Sitzung der Thorer Stadtverordnetenversammlung

vom Mittwoch den 26. April, nachmittags 3 1/2 Uhr.

In der gestrigen Sitzung waren 31 Stadtverordnete anwesend. Am Magistratsamtlich die Herren Oberbürgermeister Dr. Reichen, Bürgermeister und Kammerer Stachowicz, Stadtbaurat Kleejeb und die Stadtreise Falkenberg, Kordes, Jäger und Rittmeyer. Die Verhandlungen leitete der Stadtverordneten-Vorsteher Herr Geheimer Justizrat Trommer. Vor Eintritt in die Tagesordnung teilte der Vorsitzende mit, daß vom Vorstand des Diakonissenhausvereins eine Einladung zu der am 4. Mai stattfindenden Einweihung des neuen Diakonissenkrankenhauses und dem sich anschließenden Festessen ergangen sei; er könne hinzufügen, daß dem Vorstand eine starke Beteiligung der Stadtverordneten recht erwünscht sei. Hierauf kommen die Vorlagen des Finanzausschusses zur Beratung, für den Stv. W. A. e. m. a. n. referiert. 1) Rechnung der G. a. n. s. t. a. k. t. a. s. s. e für das Rechnungsjahr 1908. Der Bestand der Restverwaltung beträgt 116 712 Mark. Die Einnahmen betragen 603 692 Mark, gegen 680 986 Mark im Voranschlag. Die Erträge für Gas, 380 986 Mark, sind um 11 000 Mark zurückgegangen, weil auf dem Hauptbahnhof jetzt mit äußerster Sparamkeit wirtschaftet wird, die Erträge für Teer, 12 516 Mark, um rund 2000 Mark, doch wird der Ausfall durch die durch die Mehreinnahme an Koks, der statt 92 072 Mark 105 090 Mark gebracht hat. Der Ertrag der Gasmessermiete ist von 6500 Mark auf 8056 Mark gestiegen. Die Gesamteinnahme beziffert sich auf 720 404

allerdings recht mit seinem Thnen gespendeten Lob.“

„Mein Mann reiste heute früh auf einige Tage nach Renal.“

„Ach so.“

Dodo gab sich nicht einmal Mühe, ihre Enttäuschung zu verbergen.

Sie wurde wortfarg. Das Milieu, in dem Gesina Haldburg lebte, die ganze sonstige Art der jungen Frau drängten ihr die Überzeugung auf, daß hier alle vergifteten Pfeile machtlos abprallen würden. Sie war in ihrem ganzen Leben gewohnt, zu herrschen, Männerherzen zu betören, an Rembert scheiterten jedoch ihre Künste — diese blonde, mädchenhafte Frau würde immer zwischen ihm und ihren heißesten Wünschen stehen — — —

Für die vom Leben so sehr Verwöhnte gab es kein Glück — nicht einmal ein „Alltagsglück“ — es gab für sie nur ein Mittel, sich zu betäuben — „die Weltlust“. — Aber wenn das Alter kam, mit harter Hand Furchen in die weichen Züge grabend, wenn es den Sämund der Jugend und Schönheit diesem armen Weltkinde entwand — dann — was würde dann aus der bellagenswerten Frau werden?

Dodo fröstelte in dem lichten, sonnigen Raum, sie konnte Gesinas Anblick kaum mehr ertragen, um Remberts willen hatte sie diese Fahrt nach Haldburg in Szene gesetzt, nun fand sie, daß die Luft hier sie nervös machte.

Sie fühlte instinktiv, sie mußte ihre Waffen freisetzen — es war eine ruhmlose, qualvolle Niederlage, die sich in ihrem Herzen vollzog. Sie hörte kaum auf das, was die anderen plauderten.

(Fortsetzung folgt.)

Markt, die Ausgaben, darunter 17 000 Mark, die an die Kämmerei abgeführt, und 9 Prämien für die Arbeiter von je 100 Mark, 14 Prämien von je 50 Mark, betragen, dank vortheilhaftem Rohleinkauf, 576 156 Mark, jedoch ein Bestand von 144 248 Mark verbleibt. Das Vermögen der Kasse ist um 70 760 Mark auf 1 591 345 Mark gestiegen. Die Entlastung wird erteilt.

2) Die Rechnung der Terminstrafkassen für das Geschäftsjahr 1909/10, laut welcher 3 Beamte mit einer Gehaltsrate von zusammen 11 Mark belegt sind, die zur Befriedigung armer Schulkinder verwendet werden, wird zur Kenntnis genommen.

3) Die Protokolle der monatlichen ordentlichen Kassenrevision sämtlicher städtischer Kassen am 30. März 1910 werden zur Kenntnis genommen; ebenso 4) die Bescheinigungen des Herrn Kämmereis und des Herrn Kämmerei-Hauptkassierers über die Nichtvorhandenheit gefälschter Wertpapiere bei den städtischen Kassen.

5) Anschaffung von Bettstellen mit Nachhilfen für das städtische Krankenhaus. Referent: Bei der Revision sind eine Anzahl Bettstellen als minderwertig bezeichnet, die ersetzt werden sollen, jedoch in anderen städtischen Anstalten noch Verwendung finden können. Da die Krankenkasse über einen Bestand von 6000 Mark verfügt, können die Kosten, 2600 Mark, leicht daraus gedeckt werden. Der Neubeschaffung wird zugestimmt.

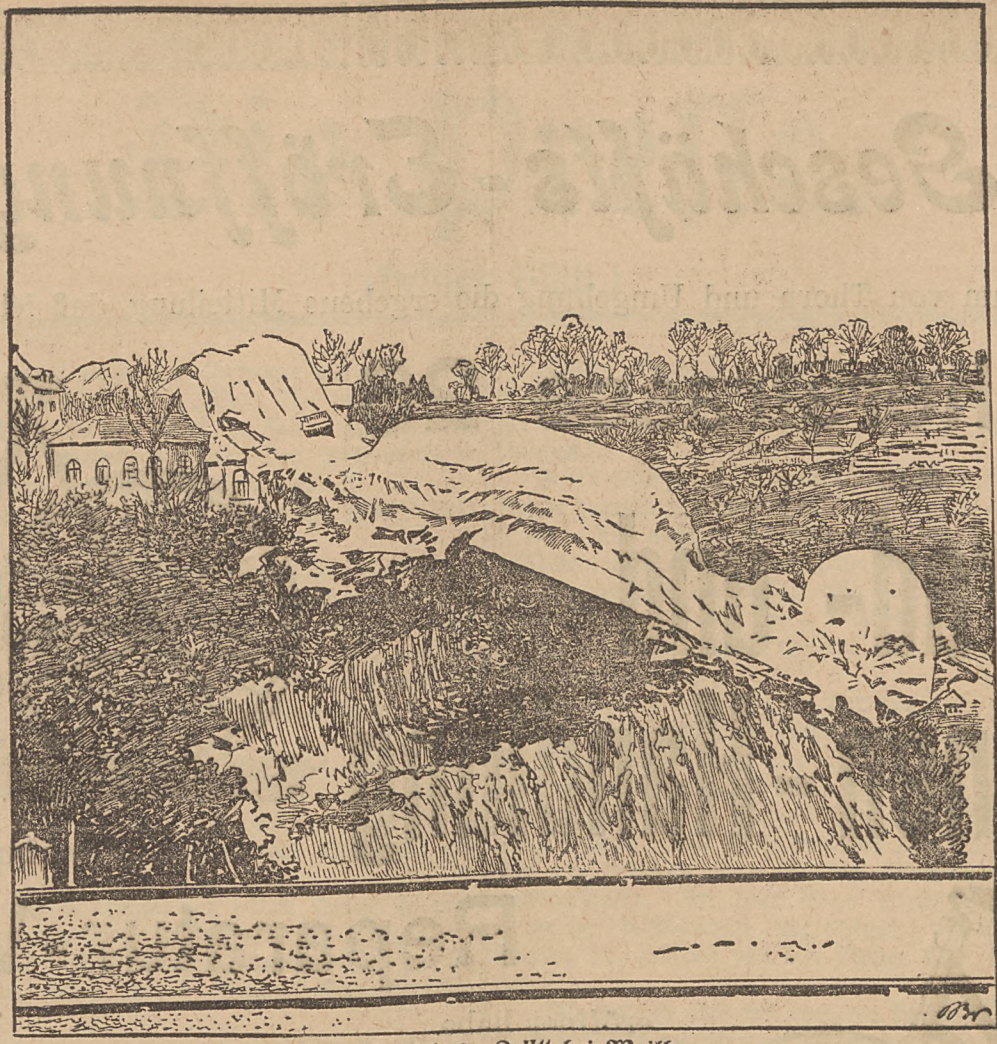
6) Nachbewilligung von Mitteln bei Titel 4, Anlage 1, für Holz und Holz, des Haushaltsplanes der Stadtschulenkasse — Knaben-Mittelschule — für 1. April 1909/10. Referent: Für die Knaben-Mittelschule sind 426,08 Mark nachzubewilligen und zwar für Lieferungen aus dem Vorjahr infolge des strengen Winters. Die Summe wird bewilligt.

7) Nachbewilligung von Mitteln für die neue eingerichtete 3. Klasse bei der 4. Gemeindeschule. Referent: Für die Schule in der Jakobsvorstadt sind 850 Mark nachzubewilligen, da die Teilung einer Klasse infolge Überfüllung die Anstellung einer Lehrerin notwendig gemacht hat. Stv. Wallon weist hierbei darauf hin, daß auch in der 8. Klasse der höheren Mädchenschule eine Überfüllung vorhanden sei, da die Klasse, die nur 60 Schülerinnen faße, von 61 besetzt sei, und fragt an, ob Bericht darüber von der Schuldeputation eingegangen sei. Oberbürgermeister Dr. Kersten: Die Schuldeputation hat mit der höheren Mädchenschule nichts mehr zu tun, sondern die Schule in den Aufstichbereich des Provinzialkollegiums übernommen ist. Dieses will sogar den Magistrat von der Aufsicht ausschließen, von ähnlichen Dingen abgesehen. Der Magistrat ist aber der Ansicht, daß er als Kurator in allen Fragen zu hören ist, und hat die Sache dem Kultusministerium vorgetragen, dessen Bescheid noch aussteht. Der Streit schwört also nach. Ein offizieller Bericht über die 8. Klasse ist nicht erhalten, doch habe ich bei einem Aufenthalt in der Schule davon erfahren. Daß die 61 Schülerinnen in der Klasse nicht Platz hätten, ist mir dabei vom Direktor Magdon nicht mitgeteilt, es ist also wohl nicht der Fall. Die Überfüllung wird nur als eine vorübergehende bezeichnet, da die 9. Klasse weniger besetzt ist. Die Summe von 850 Mark für die 4. Gemeindeschule wird nachbewilligt.

8) Uferbefestigung zwischen dem Brücken- und Finsternen Tor. Referent: Die Uferbefestigung ist mit einer Beihilfe der Strombauverwaltung ausgeführt, wofür die Stadt verpflichtet hat, die Anlage zu unterhalten, mit Bericht auf weitere Beihilfen in Fällen von Uferbeschädigungen. Dieser bereits gefasste Bescheid soll jetzt in einem formellen Verträge Ausdruck finden. Der Vertrag wird genehmigt.

9) Rechnung der Wasserhauskassen für 1908. Referent: Der Bestand der Kassenverwaltung ist 223 300 Mark. Die Einnahmen betragen 8830 Mark, darunter Zinsen 1565 Mark, Zuschüsse 5888 Mark, Abgaben 1139 Mark, Sammlungen 127 Mark, Zuwendungen 40 Mark. Die Ausgaben betragen 10 172 Mark, darunter Kosten eines Jauns 1980 Mark, Gehalt für Wägr 500 Mark (gegen 360 Mark bisher), für eine Wägr 240 Mark, Heizung und Beleuchtung 529 Mark (gegen 600 im Voranschlag), Unterhaltung von 38 Kindern 4123 Mark (gegen 3723 Mark für 34 Kinder im Voranschlag), Weihnachtsfeier für die Kinder 80 Mark (gegen 50 Mark). Es bleibt somit ein Bestand von 1923 Mark. Das Vermögen der Kasse ist um 1751 Mark auf 101 160 Mark gestiegen. Die Rechnung wird entlastet.

10) Rechnung der Kinderheimkasse für 1908. Referent: Der Bestand der Kassenverwaltung ist 429 Mark. Die Einnahmen, darunter Zinsen 1407 Mark, Zuschuß aus der Kämmerei 11390 Mark, Zuwendungen 90 Mark, betragen 15 153 Mark. Die Ausgaben betragen 14 697 Mark, darunter Heizung und Beleuchtung 927 Mark (gegen 700 im Voranschlag), Unterhaltung von 61 Kindern 6940 Mark (gegen 6222 Mark für 55 Kinder im Voranschlag), Bürteln, Räume und Schuhwische von 50 Mark durch erhöhte Einnahmen gedeckt, ferner eine Überförderung von 155 Mark, die durch den Bescheid in der Person des Hausvaters verursacht ist. Es bleibt ein Bestand von 885 Mark. Das Vermögen der Kasse ist um 1979 Mark auf 108 655 Mark gestiegen. Aus den Beständen beantragt der Magistrat einen Drahtzaun zu errichten, dessen Kosten auf 2400 Mark veranschlagt sind. Der Ausschuß empfiehlt den Magistratsrat. Stv. Wallon wünscht, daß



Das Wrack des „3 II“ bei Weisburg.

Unser Bild veranschaulicht den traurigen Zustand, in dem das schöne Lustschiff am Abhang des Weberberges bei Weisburg an der Bahn aufgefunden wurde, nachdem der Sturm es bei Limburg entführt hatte. Der „3 II“ kam an der Stelle der letzten Katastrophe schon schwer beschädigt an, denn der Wind hatte es zuerst in das Wasser des Flusses getrieben, dann auf den Bahndamm geworfen, an dem mehrere Bäume und Telegraphendrähte geknickt wurden, schließlich aber nochmals gehoben und gegen die Kastanienbäume und Felsen des Berggipfels geschleudert. Bei dem Anprall brach das Gerippe des mächtigen Lustschiffes mitten durch, und das Gitterwerk des Schiffsumpfes bohrte sich durch die Ballonhülle. Der Ballon zerbrach in zwei Teile, von denen einer bis auf einige Verbiegungen unverfehrt blieb. Auch der hinterste Teil der auf den Bäumen und den

und sodann die Entlastung der Rechnung der Kinderheimkasse erteilt. — 11) Bewilligung von Unzugskosten für den Mittelschullehrer Herrn Steinhauf. Die Kosten in Höhe von 219,45 Mark werden bewilligt.

12) Bewilligung der Kosten für den weiteren Ausbau der Schulstraße am evangelischen Lehrerseminar. Referent: Die Kosten betragen 15 800 Mark, die aus dem Straßenbaufonds gedeckt werden. Die Schulstraße ist bis zum Ende des katholischen Seminars bereits ausgebaut und soll nun bis Ende des evangelischen Seminars ausgebaut werden. Auf einer Strecke von 530 Metern ist eine 3,1 Meter breite Chausseefläche anzuführen. Auch Baumpflanzungen sind vorzusehen. Stv. Dreher fragt an, ob ein Teil der schönen Anlagen des Siedenhäufes der Straße zum Opfer fallen würde. Referent bejaht dies, zwei bis drei Meter müßten davon weggenommen werden. Stv. Wolff fragt an, ob nicht der Weg aus staatlichen Mitteln hergestellt werden könne oder wenigstens das von der Stadt aufgewandte Kapital verzinst würde? Oberbürgermeister Dr. Kersten: Dies ist wohl eine — verzeihliche — Verwechslung mit den Präparandenanstalten, die wir gebaut haben und für die der Staat zahlt. Die Seminare dagegen baut der Staat. Aber wir haben die Verpflichtung übernommen, die Straße zu regulieren. Von einer Pflasterung können wir absehen, da diese in absehbarer Zeit nicht gebraucht wird. Zur Chausseierung sind nur etwa 7000 Mark erforderlich, während die Pflasterung erheblich teurer wäre. Es ist zwar mit der Militärverwaltung, der Besitzerin des Geländes auf der anderen Seite der Straße, ein Vertrag abgeschlossen, nach dem diese eventuell die Hälfte der Pflasterungskosten trägt. Aber sie denkt noch nicht daran zu bauen. Die 7000 Mark sollen in 5 Jahresraten in den Etat zur Tilgung eingestellt werden. Stv. Wallon bejaht, daß mit einer Ausnahme die Wege von Heppners Ruh nach dem Ziegeleipark durch die Neubauten an der Schulstraße eingegangen sind, sodas man um die Seminare herumgehen muß. Benignität sollte dafür gefordert werden, daß die alten Wege nicht als Sackgassen enden, sondern auf den Durchgangsweg hingeführt werden. Oberbürgermeister Dr. Kersten bemerkt, daß bereits ein neuer Durchweg am katholischen Seminar, den Herr Wallon wohl nicht gesehen, angelegt sei. Auch der Verschönerungsverein habe 1000 Mark ausgeworfen, um bessere Verbindungen zu schaffen. Stv. Sieg fragt an, ob nicht noch eine weitergehende Pflasterung der Schulstraße wegen des Anschlusses der elektrischen Straßenbahn an den Bahnhof Schulstraße notwendig sei.

den Antrag Wallon; die Anlage des Weges könne für später in Erwägung gezogen werden. Stv. Bodt: Die Anregung des Herrn Wallon sei ja nicht neu, auch er, Redner, habe schon früher den gleichen Wunsch ausgesprochen. Wenn man jetzt einen neuen Zaun am Kinderheim aufstellen wollte, so sei der Augenblick gekommen, wo man auch an die Anlage dieses zweiten Promenadenweges gehen sollte. Dezernent Stadtrat Korbes bittet, nicht die Errichtung des Drahtzaunes dadurch zu verzögern, daß man beide Projekte verquide. Ein Drahtzaun, wie ihn das Waisenhaus habe, sei für das Kinderheim dringend nötig zum Schutz gegen Diebe, die bisher das Obst gefressen, Zweige abgebrochen, auch Wäsche und Holz entwendet haben, sowie gegen Rannichen, die den Kohl benagen. Oberbürgermeister Dr. Kersten: Auch im Magistrat sei schon früher die Anlage des zweiten Promenadenweges angeregt worden, aber man habe die bedeutenden Kosten dafür bisher noch gescheut. Wenn die Stadtverordnetenversammlung indes der Sache nicht abgeneigt sei, könnte ja der neue Zaun schon in einer Linie aufgestellt werden, welche auf die neue Wegenanlage Rücksicht nimmt. Stv. Warkmann: Es seien allerdings Zwecke zum Ziegeleipark genug vorhanden, aber der Hauptweg sei doch der von der Bromberger Straße, der auch bei Festtagen z. benutzt wird. Zwischenlos würde dieser Hauptweg durch einen zweiten Promenadenweg auf der Kinderheim-Seite sehr gewinnen und deshalb sei ihm, Redner, der Antrag Wallon durchaus sympathisch. Aber da man nicht wisse, wie sich die Kosten stellen, könne man heute nicht gut über die neue Anlage beschließen und wenn die Errichtung des Zaunes eine so dringliche Forderung ist, könnte man sich vielleicht mit der Zustimmung des Magistrats begnügen, daß er den zweiten Promenadenweg später anlegen werde. Auf Anfrage des Stv. Kamann erwidert Stadtbaurat Kleefeld, daß der Weg bis zum Sängerkast nicht fertiggestellt werden könne. Die Terrainregulierung nehme viel Zeit in Anspruch. Die Stv. Konrad Schwarz, Ackermann und Raappe sind der Meinung, daß bei späterer Anlage des Weges die durch die Veränderung des Niveau bedingte Umsehung des Zaunes fast so viel kosten werde, wie jetzt die Errichtung des ganzen Zaunes, mindestens aber einhalb oder zwei Drittel der Gesamtkosten. Stv. Weese wäre dafür, den Zaun gleich so hoch zu setzen, daß eine Umsehung nicht nötig ist. Oberbürgermeister Dr. Kersten: Das würde nicht gut aussehen und auch Kosten machen. Aber wenn Sie glauben, daß auch die Errichtung des Zaunes noch aufgeschoben werden kann, dann verlagen Sie die ganze Sache, damit beide Anlagen gleichzeitig im Herbst ausgeführt werden. Die Stv. Bodt, Ackermann und Wallon, welcher jetzt seinen Antrag anders formuliert, treten für gleichzeitige Ausführung ein. Stv. Wallon bejaht auch, daß der Zaun, selbst wenn allein ausgeführt, bei der Schnelligkeit, mit der das Stadtbauamt arbeite, doch vielleicht zum Sängerkast fertig gestellt sein werde. Stadtbaurat Kleefeld bemerkt Herrn Wallon gegenüber, daß das Stadtbauamt seine Arbeiten mit der Schnelligkeit ausführt, welche jede Sache bedingt. Oberbürgermeister Dr. Kersten: Wenn Sie nicht entsprechend der Vorlage und dem Antrag des Finanzausschusses beschließen wollen, dann müßten Sie den Magistrat ersuchen, eine neue Vorlage zu machen, die die gleichzeitige Anlage vorseht. Stv. Kronsohn: In diesem Sinne habe ich auch den umgeänderten Antrag Wallon aufgesetzt. Der Antrag Wallon, die Sache zu vertragen und den Magistrat zu ersuchen, eine neue Vorlage zu machen, in der die gleichzeitige Anlage von Zaun und Weg vorgesehen wird, wird hierauf gegen 4 Stimmen angenommen,

drückt gleichfalls seine Freude aus, daß die Verhandlungen mit der Straßenbahngesellschaft aufgenommen werden. Eine Besserung unserer Verkehrsverhältnisse ist dringend zu wünschen. Statt, wie in anderen Städten zentralisiert, ist der Verkehr in Thorn dezentralisiert; statt eines Zentralbahnhofs haben wir 5 oder, die Personen-Haltestelle der Schulstraße nicht zu rechnen, 4 Bahnhöfe, von denen, so lange die zweite Brücke fehlt, nur der Stadtbahnhof eine leibliche Verbindung mit der Stadt hat. Auch der Bahnhof Thorn-Nord wird wertlos sein ohne gute Verbindung. Sonst wird niemand von Anislaw kommen, da Bromberg ausgezeichnete Verbindungen hat. Ich bitte den Magistrat, vor den Verhandlungen mit der Straßenbahngesellschaft eine Kommission anzuhängen, die alle in der Bürgerchaft zum Ausdruck gekommenen Wünsche zur Kenntnis bringen wird. Die Straßenbahnverbindung, die wir noch brauchen, müßte vom Bahnhof Mader durch das Culmer Tor, die Gerechtesstraße, Breitestraße nach Bahnhof Thorn-Nord führen, sodas man von einem Bahnhof nach dem andern kommt. Auch der 15 Minuten-Verkehr auf der Maderlinie ist bedauerlich, so lange wartet man auf keinen Straßenbahnwagen. Redner bittet, darauf Bedacht zu nehmen, daß eine mögliche Verbesserung der Verkehrsverhältnisse erzielt wird. Stv. Warkmann: Er möchte die Bitte des Stv. Wallon unterstützen, daß der Magistrat, wenn er mit den neuen Herren, welche in Zukunft über die Verkehrspolitik der Straßenbahngesellschaft zu bestimmen haben, verhandelt, sich über die Verkehrswünsche der Bürgerchaft noch näher informiere. Man dürfe wohl hoffen, bei den neuen Besitzern der Straßenbahn mehr Entgegenkommen zu finden und es müsse im Wege der Verhandlung erreicht werden, daß wir die Straßenbahnverbindung mit dem neuen Bahnhof Thorn-Moder und dem Bahnhof Thorn-Nord bekommen, welche letztere das Straßenbahnbedürfnis für Bahnhof Schulstraße mitdecken würde. Allgemein haben wir jetzt die Einsicht gewonnen, daß unsere neuen Bahnhöfe nicht ohne Straßenbahnanschluss bleiben können und daß die gute Straßenbahnverbindung der Vorstädte mit der Innenstadt eine Vorbedingung für die Weiterentwicklung der ganzen Stadt ist. Oberbürgermeister Dr. Kersten bemerkt, daß es sich bei dem Besuch der Vertreter der Straßenbahn, denen die Verkehrsverhältnisse noch neu sind, vorerst darum handele, die nötigen Aufklärungen und Informationen zu erhalten als Grundlagen für die Verhandlungen über die Revision der Verträge usw. Selbstverständlich werde der Magistrat sich für weitere Verhandlungen gern über die Wünsche der Bürgerchaft informieren lassen durch eine Kommission aus der Stadtverordnetenversammlung oder der Bürgerchaft. Stv. Bodt fragt an, ob nicht die Militärverwaltung für das letzte Ende der Schulstraße eine Besteuer gewähren müsse. Oberbürgermeister Dr. Kersten: Wir haben die Straße vom Militärstützpunkt übernommen, da sie von uns durch die Seminare in Anspruch genommen wird. Wir hätten erwartet, daß eine Entschädigung gewährt werden würde, wenn das weitere Ende übernommen werde. Dies ist aber abgelehnt, doch hoffen wir, daß die Verhandlungen darüber zu einem guten Ende kommen. Die Kosten werden bewilligt. — Es folgen die Vorlagen des Verwaltungsausschusses; Berichterstatter Stv. Wolff: — 13) und 14). Als Schiedsmann für den 7. Bezirk auf die Dauer von 3 Jahren wird Gendarmenwachmeister a. D. Arndt, anstelle des Hauptlehrers Schulz, der die Wahl unter Hinweis auf sein Alter von über 60 Jahren abgelehnt hat, gewählt; als Schiedsmann für den 8. Bezirk wird auf Vorschlag des Stv. Hentschel Galtwitz Krüger gewählt. — 15) Streichung der nach dem Bebauungsplan über das Grundstück Altstadt Platz 499 projektierten Straße. Es wird beschlossen, die Straße, die vom Roten Weg am Irmerischen Grundstück vorbei nach der Kirchhoffstraße führt, aus dem Bebauungsplan zu streichen, da seit Schaffung der Durchbruchstraße ein Bedürfnis dafür nicht mehr vorliegt. Stv. Hentschel bittet, das Gelände der Bachebrücke in der Schwerinfstraße nach vor der Einweihung des Diakonissenkrankenhauses streichen zu lassen, was Oberbürgermeister Dr. Kersten zugibt. — 16) Bewilligung eines Patronatsbeitrages zu den Kosten für Reparaturarbeiten an der ev. Kirche zu Gurske. Referent: Zum Jubiläum des 50-jährigen Bestehens soll die Kirche renoviert werden. Ob eine Ausbesserung der Orgel, für die erst 1897 200 Mark ausgegeben, nötig ist, soll noch festgestellt werden, und vorläufig ein auf die Stadt entfallender Patronatsbeitrag zu den Kosten in Höhe von 676 Mark gewährt werden. Der Beitrag wird bewilligt. — 17) Zum Armendeputierten für den 11. Bezirk wird Schmiedemeister Reilmansi gewählt. In Vorschlag war noch gebracht worden Restaurateur Rogalla. — 17) Verleihung des mit der Felderwertungs-Genossenschaft der Thorer Fleischerinnung abgeschlossenen Vertrages über Vermietung von Käumlichkeiten im städtischen Schlachthof zur Benutzung als Hütelagerraum oder Felllagererei für die Zeit vom 1. Juli 1910 bis dahin 1911. Referent: Der Vertrag soll vorläufig unter denselben Bedingungen verlängert werden, jedoch soll vom 1. Januar 1911 ab die bisherige Pachtsumme von 600 Mark erhöht werden, da die Genossenschaft neue Räume bekommt. Dem Vertrag wird zugestimmt. Oberbürgermeister Dr. Kersten teilt zum Schluß noch mit, daß ihm soeben der alte Kostenanschlag des Magistrats für den zweiten Promenadenweg in der Straße zum Ziegeleipark vorgelegt wurde. Danach stellen sich die Kosten auf 2450 Mark. Schluß der Sitzung 5 1/2 Uhr.

**Bücherschau.**

Das Eigenheim des Mittelstandes. Ratgeber für Bau oder Kauf eines eigenen Hauses mit Garten von J. Wigt. Mit über 350 Ansichten und Grundrissen von Einfamilien- und Doppelhäusern nebst Angabe der Baukosten. Preis 3 M., gebunden 4 M. (Porto 30 Pfg.). Westdeutsche Verlagsgesellschaft m. b. H. in Wiesbaden 35. — Wer bauen lassen oder selbst Pläne entwerfen will, soll sich an Hand guter Musterbeispiele ein Bauprogramm aufstellen; auch der Laie, denn der Architekt baut leichter und befriedigender, wenn er die persönlichen Wünsche und Bedürfnisse seines Bauherrn kennt. Eine vorzügliche Gelegenheit dazu bietet dieses Buch, das Ansichten und Pläne für Eigenhäuser in allen Größen und Preislagen enthält. Der Text ist lehrreich und praktisch, die Handschriften gut gewählt. Alle erforderlichen Ratsschlüsse und Anweisungen für den Entwurf, Ausführung usw. sind der heutigen Preislage entsprechend gegeben. Für die interessierten Kreise ein wirklich zuverlässiges und brauchbares und angelegentliches Reichhaltigkeit wünschenswertes Buch, ein Ratgeber, der sicher viel Freude finden wird.

**Mannigfaltiges.**

(Verzweiflungstat einer Mutter.) Eine 25jährige Arbeitersehran namens Weisfeld in Weisfelds warf aus Verzweiflung über eine geringfügige Gerichtsstrafe ihre vier Kinder im Alter von 8 Monaten bis zehn Jahren in die Saale und sprang selbst hinterher. Ein dreijähriger Knabe ertrank; die übrigen wurden gerettet.

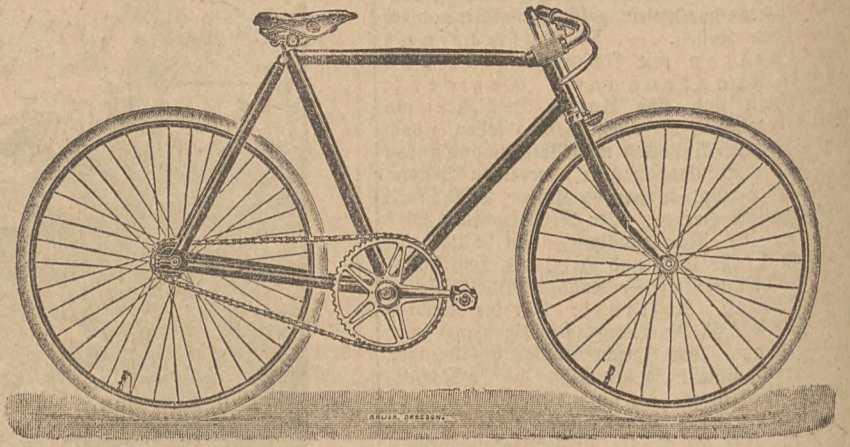
# Geschäfts-Eröffnung.

Dem geehrten Publikum von Thorn und Umgebung die ergebene Mitteilung, daß ich

Schuhmacherstrasse 26

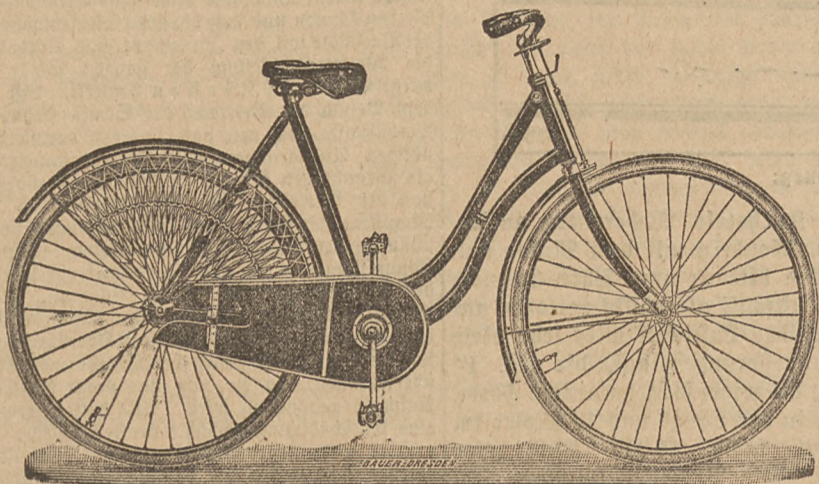
eine

## Fahrrad- und Nähmaschinen-Handlung



verbunden mit

## Reparatur-Werkstatt



eröffnet habe.

Jahrelange Erfahrungen, die ich in den größten Fabriken Deutschlands und in meinen eigenen Geschäften sammelte, ermöglichen es mir, jede vorkommende Reparatur an Motorfahrzeugen, Fahrrädern u. Nähmaschinen fachgemäss auszuführen.

Es wird mein Bestreben sein, durch gute Ware, billigste Preise und prompte Bedienung meine verehrte Kundschaft zufrieden zu stellen und bitte, mein Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.

Thorn, Schuhmacherstrasse 26.

Verkaufszentrale der weltbekannten Marken Adler u. Brennabor.

E. Strassburger.

### Belzjachen

werden zur Verhütung von Mottenfraß unter gleichzeitiger Versicherung gegen Feuerhaden aufbewahrt bei

C. Kling,

Breitestr. 7, Ecke Mauerstr.

### Letzte Neuheit!

Amerikanische zusammenlegb. Kinderwagen,

elegant und praktisch, verkauft billig

W. Katalas, Thorn, Neust. Markt 24.

### Stellenangebote

Tüchtige Malergehilfen

stellt ein

L. Zahn, Malermeister.

Melburger Centralhotel Hohenzollern.

Zwei tüchtige

Schneider-Gesellen

bei höchstem Lohn stellt sofort ein

Fr. Zielinski, Schneidermeister,

Thorn 3, Mellienstr. 112.

Schneidergesellen sucht von sofort

L. Prass, Baderstraße 22, 1. Et.

### Begehlinge

stellt ein

E. Wichmann, Malermeister.

Ein junger, tüchtiger

### Kutscher

zum Brotfahren mit Kaution von 100

Mark per sofort gesucht.

Thorner Brotfabrik,

Carl Strube.

### Eine tücht. Verkäuferin

wird vom 15. Mai gesucht. Zu

erfr. i. d. Geschäftsst. d. „Bresse“.

Schöne Mädchen für alles ge-

sucht. Zu erfragen in der Geschäfts-

stelle der „Bresse“.

Gesucht vom 1. Mai ein

tüchtiges, sauberes

### Stubenmädchen

Heiliggeiststraße 3.

Tüchtige Zuarbeiterin

verlangt

M. Rindke, Altstadt, Markt 18, 2.

Älteres saub. Aufwartemädchen

sofort gesucht Brombergerstr. 4, 1. Et.

### Königl. preuß. Klassenlotterie.

Die Erneuerung der Lose zur 5. Kl. 222. Lotterie hat planmäßig bei Verlust des Anrechts bis zum 3. Mai, abends 8 Uhr zu erfolgen. Die Ziehung der vorliegenden Klasse findet vom 7. Mai bis 7. Juni d. Js. statt.

Dombrowski, Königl. preuß. Lotterie-Einnehmer, Thorn, Katharinenstr. 4.



### Ein zarter Braten

der den verwöhntesten Gaumen befriedigt, wird am besten bereitet mit

## Siegerin

oder

## Mohra

Margarine; sie ersetzen feinste Naturbutter vollkommen, da gleiches Schäumen und Bräunen, aber kein Spritzen! Die Ersparnis ist bedeutend. Ueberall erhältlich!

Alleinige Fabrikanten:

A. L. MOHR G. m. b. H. ALTONA-BAHRENFELD.

### Die Ladeneinrichtung

des Schirmgeschäftes Breitestr. 25

ist preiswert zu verkaufen. Zu erfragen

Breitestraße 31.

Zwei Bettgehele mit Matratzen

billig zu verkaufen Gerechtesstraße 27.

Saft neue Nähmaschine

zu verkaufen Mauerstr. 32, 3. Et., 1.

### Der Feiertage wegen

ist mein Geschäft am

Donnerabend den 30. April und

Freitag den 1. Mai d. Js.

geschlossen.

S. Kornblum, Breitestr. 22.

Erste Thorner

### Dampf-Wasch-Anstalt

Max Hoppe, Baderstr. 5-7

empfiehlt sich angelegentlich für:

Gardinen-Wäsche auf neu,

Reisezeit 2-3 Tage.

Feinwäsche in höchster Vollendung.

Weisse Hauswäsche nach Gewicht

blütenweiß und billiger wie im Haushalt. Telephon Nr. 304. Telephon 304.

Verzinktes Drahtgeflecht, verzinkten Stachelzaundraht, verzinkten und schwarzen, glatten Zaundraht, Zaundrahtkrampen, Feld- und Gartengeräte

empfehlen

Tarrey & Mroczkowski, Eisenhandlung.



### Offizier-Sattelzeug,

kompl. gut erhalten, sowie Baumzeuge, Vorderzeuge, Nachsattelzeug usw., billig zu verkaufen durch

Max Palm's Reitinstitut.

Ein Reitpferd,

hoheliegante Fuchsstute, 7-jährig, steht zum Verkauf.

Restaurant „Grünhof“.

Fast neues

Herrenfahrrad

zu verkaufen Gerstenstr. 9 a, p. 1.

Zu kaufen gesucht

### Gebr. Sättel

kauft

A. Stephan, Sattlermeister,

Baderstraße 2.

Lebende graue

### Hausmäuse

werden das ganze Jahr hindurch gekauft

Treppischer Weg 5

und Gut Winheimau.

Zu verkaufen

### Hausgrundstück

unter günstigen Bedingungen

zu verkaufen

Thorn-Möcker, Ulmen-allee 22.

### Hochtragende Kuh

steht zum Verkauf bei

Gustav Liedtke, Rompante.

### Mittleres Grundstück

nabe bei Thorn, gut gelegen an Chaussee

u. Bahn, beste Bienen u. Acker, massive

Gebäude, mit g. lebenden und toten

zu verkaufen. Zu erfragen in der Ge-

schäftsstelle der „Bresse“.

Habe einen

schwarz-braunen Wallach,

7-jährig, mittlere Größe, billig zu ver-

kaufen. Wo, sagt die Geschäftsstelle der

„Bresse“.

### Hausgrundstück

mit Obstgarten, geeignet für Beamte,

zu verkaufen

Möcker, Bergstraße 25.

Tafelherberge, Säulenlampen, Gobelins, zu

verf. Aust. i. d. Geschäftsst. d. „Bresse“.

### Geld u. Hypotheken

8-10000 Mark Hypotheken

gesucht hinter Bankgelder auf ein gut

verzinsliches Grundstück.

Angebote unter A. Z. an die Ge-

schäftsstelle der „Bresse“ erbeten.

3000 Mark

durchaus sichere Hypothek, mit 6% ver-

zinslich, sind sofort abzutreten. Angeb.

unter M. F. an die Geschäftsstelle der

„Bresse“.

Hypothek von 4500 Mark

mit gutem Nutzen zu zedieren. Angeb.

Anfragen unter G. 50 an die Ge-

schäftsstelle der „Bresse“ erbeten.



# Die Presse.

(Drittes Blatt.)

## Über die Dauer des Lebens

lesen wir in einem fesselnden Artikel „Tod und Leben“, den Professor Dr. C. U. Ewald im April-Heft der „Deutschen Medizin“ (Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt) veröffentlicht, folgendes: A priori sollte man denken, daß das Leben ins Unbegrenzte fortbauern könnte, wenn nur für die nötige Zusage von Nährmaterial, für den Ersatz des Verbrauchten und die Schonung des Vorhandenen gesorgt würde. In Wahrheit ist aber das Alter der lebenden Wesen, der Pflanzen, Tiere und Menschen, ein sehr verschiedenes. Manjont berechnet aus den Jahresringen, daß der Baum Boabab, eine auf den fapverbüchigen Inseln vorkommende Baumart, ein Alter von 5000 Jahren hatte! Verbürgt ist, daß die Storchweide bei Jägerpries fast 900 Jahre alt ist. Einzelne Tiere können ein sehr hohes Alter erreichen, und zwar leben im allgemeinen, aber nicht ausnahmslos, große Tiere länger wie kleine. So sollen die Elefanten bis 200 Jahre alt werden, aber auch Hechte und Karppen sind manchmal ein gleich hohes Alter erreicht. Auch von manchen Vögeln werden erstaunliche Alterszahlen berichtet. So sollen die Fregattvögel über 200 Jahre, Adler, Geier, Raben bis zu 100 und 120 Jahre leben. Dagegen bringt es sich und Kind nur auf 30 bis 50 Jahre; der Hund soll mit 20 Jahren, Meerfischweingehen und Regenwürmer mit 6 bis 10 Jahren das Zeitliche segnen. Die Insekten leben im allgemeinen viel kürzer, manche noch nicht einen Tag. Ein mittelhochdeutscher Spruch sagt nach Jakob Grimm: Ein Jaunföng wächst 3 Jahre, ein Hund 3 Jannaler, ein Moß 3 Hundsalter, ein Mann 3 Hofsalter, ein 81 Jahre. Das ist länger, wie die Schrift sagt, die uns bekanntlich auf 70 Jahre und nur, wenn es hoch kommt, auf 80 Jahre einschätzt, aber noch lange nicht das erreichbare mögliche Alter. Buffon setzte die Lebensdauer gleich dem Sechsfachen der Jugendzeit, Bacon und Linné in seiner Matrobiotik nahmen sogar das Achtfache an. Da der Mensch erst mit 25 Jahren völlig erwachsen ist — im anatomischen Sinne —, so müßte man danach 200 Jahre alt werden können. Methusalems Alter wird zu 900 Jahren angegeben, aber es ist zu bedenken, daß in den ältesten Zeiten drei Monate als ein Jahr gerechnet wurden und bei diesen und ähnlichen Angaben genau die Phantastie ihre Flügel schiefen läßt. In dessen finden sich besser verbürgte Angaben über eine sehr hohe Lebensdauer. Thomas Moren, der von Harvey gezeitet wurde, ist 152 Jahre alt geworden. Er hatte sich mit 120 Jahren zum zweitenmal verheiratet, und seine Frau verstarb, um nie sein Alter angemerkt zu haben. Solina brachte es auf 110 Jahre, Moses angeblich auf 120. Eine Vorkaufung unter Vespasian, über die der jüngere Plinius berichtet, ergab in einem verhältnismäßig kleinen Teil von Italien 81 Personen über 100 Jahre, darunter 11 über 130. Und gibt in seiner Matrobiotik eine ganze Anzahl an, die über verbürgte Beispiele einer sehr langen Lebensdauer an. Aber heutzutage hören wir nichts mehr von dergleichen Fällen. In Bayern fanden sich bei einer Volkszählung im Jahre 1871, wo die Betroffenen aus wirtschaftlichen Gründen des Interesses hatten, sich älter zu machen, 27 Personen über 100 Jahre, aber die amtliche Ermittlung ließ die Zahl auf eine einzige Witfrau zusammenschrumpfen! In großen und ganzen kann man sagen, daß die Grenze der natürlichen Lebensdauer in unsem Säkulum zwischen 70 und 80 Jahren liegt, doch ergibt die Statistik, daß dieselbe heute von einer größeren Anzahl von Personen erreicht wird wie früher. So haben zum Beispiel in Schweden im Jahre 1895 27 das 70. Lebensjahr überlebt, zum Schluß des Jahrhunderts 48. In Belgien stellte sich das Verhältnis wie 25:40, in Deutschland in den letzten zwanzig Jahren — von früheren Zeiten existieren keine genaueren und brauchbaren Erhebungen — wie 30:39. Wir haben also die rechtliche Ansicht, jetzt alle etwas länger zu leben, als wenn wir 100 Jahre früher geboren wären!

## Miß Mary Eagers Verlobung.

Die Anstehung bestand aus wenigen weißen Zeltreihen, einem „Store“ und einem wenig komfortabel eingerichteten „Drinking Shanty“. Das alles drängte sich in einer Ecke der Ebene zusammen. Die einzige Verbindung, die das einsam gelegene Camp mit der Welt besaß, war die Kameelpost, die alle vierzehn Tage einmal eintraf. Um zu vermeiden, daß die „große Zug“ in die Ebene ergoß, waren die Miner darauf bedacht gewesen, über die höchste Stillhöhe der Fülle in ihrem Lager das größte Stillschweigen zu bewahren. So war es gekommen, daß noch nie der Fuß eines weiblichen Wesens die Anstehung betreten hatte. Unter dem Klängen der Fäden und dem Narren der Schaufeln floß die Zeit eintönig dahin, bis sich eines Tages das Wunder zutrug. Mit der Kameelpost kam ein hübsches junges Mädchen geritten. Die Miner hielten bei ihrer Arbeit in den Claims ein und staunten den Fremdling an, als wäre er eine Erscheinung aus einer anderen Welt. Vor dem Shanty stieg das junge Geschöpf aus dem Sattel. Der Besitzer kam heraus, um sie zu begrüßen. Als er ihr indes erzählte, daß sie die einzige Vertreterin des starken Geschlechts am Platze wäre, breitete sich ein Ausbruch des Schreckens über ihre Züge. „Dann werde ich sofort mit der Kameelpost zurückkehren“, sprach sie. Der Shantypeeper teilte ihr darauf unter dem Ausdruck des Bedauerns mit, daß die Kameelpost zunächst nach einer mehrere Meilen und erst in ungefähr vierzehn Tagen zurückkäme. „Aber was soll ich nur anfangen?“ stammelte sie.

Darauf wußte der Gefragte erst auch nicht recht zu antworten. „Wenn Sie solange hierbleiben wollen“, sprach er dann nachdenklich, „will ich versuchen, Ihnen den Aufenthalt so angenehm wie möglich zu machen.“ Der Vorschlag schien sie in die Wirklichkeit zurückzuführen. „Ich sehe ein, was für eine große Torheit ich begangen habe“, jagte sie. „Aber ich glaube, mir hier in diesem reichen Camp ein schönes Stück Geld mit meiner Schreibmaschine verdienen zu können. Glauben Sie, daß ich wenigstens so lange, wie ich hier weile, Beschäftigung finden werde?“ Der Shantypeeper mußte hart an sich halten, um nicht laut aufzulachen. „Ich glaube kaum“, antwortete er ihr. „Mit den Korrespondenzen der Miner wird's wohl nicht weit her sein.“ Troßdem erschien am selben Abend an dem Fenster des Zimmers in dem Sine Burkey das junge Geschöpf einlogiert hatte, ein weißes Schild: Miß Mary Eager, Schreibmaschinistin. Eine so angeregte Unterhaltung wie an diesem Abend hatte die Bar seit langer Zeit nicht gesehen. Für das allabendliche Kartenspiel hatte keiner der Miner einen Gedanken übrig. „Was hat sie nur in unser Camp geführt?“ Harry Denis, eine hertulische Gestalt, war der Fragesteller. „Wie eine Verstopfene sieht sie nicht aus“, meinte Rufes Bann, der Älteste im Camp. „Wie ist sie nur gerade auf unser Lager gekommen?“ „Jemand muß doch etwas ausgeplaudert haben. Und unten an der Küste denken sie ja dann gleich, daß hier die Straße mit Nuggets gepflastert sind.“ „Auf alle Fälle müssen wir dafür sorgen, daß sie zu tun hat, solange sie hier weilt.“ Diesen Worten folgte allgemeines Beifallgeräusch. „Wie wollen wir das nur anstellen?“ fragte Rufes Bann. Sine Burkey blickte ihn forschend an. „Wie lange ist es her, seit du einen Brief geschrieben hast?“ Rufes Bann sann nach. „Ungefähr drei Jahre.“ „Na, dann wär's gewiß an der Zeit, daß du deine alten Knochen wieder einmal zu einer solchen Tat anspannen würdest.“ Und in den Tagen Tagen, die diesem denkwürdigen Abend folgten, geschah es denn, daß die Miner ihr Hirn anstregten, um die Erinnerung an Personen, mit denen sie früher in Verkehr gestanden, aufzufrischen. Am nächsten Tage schon klang das Klappern von Miß Mary Eagers Schreibmaschine über die Straße und den Minern, vor von ihrer Arbeitsstätte an dem Shanty vorbei ihren Weg nachhause nahmen, wie Musik in den Ohren. Der alte Rufes Bann, der nahezu an die sechzig Jahre heranreichte, hatte den Posten eines Managers für das junge Mädchen übernommen. Bei den Minern erfreute sich der Alte infolge seines Geizes und seiner Prahlerei keiner großen Beliebtheit. Aber er war der reichste Mann im Felde, sein Claim war der ergiebteste, und es dauerte auch nicht lange, da wußte Mary Eager von dieser Tatsache. In demselben Maße, mit dem das Vertrauen Rufes Banns zu ihr zunahm, machte ihn Mary Eager damit bekannt, daß sie ihr ganzes Vermögen in ihre Reise nach den Goldfeldern gesteckt hatte, da sie sich in dem Glauben befand, mit ihrer Ankunft hier ihr Glück gemacht zu haben. In den nächsten Tagen sah man die junge Schreibmaschinistin hin und wieder durch die zeltbereite Straße des Camps reiten. Die Miner hielten bei ihrem Erscheinen ein und blickten ihr nach. Wenn es sich ereignete, daß sie mit ihr sprachen, so geschah dies stets mit einer gewissen Ehrfurcht. Der einzige, der darin eine Ausnahme machte, war Rufes Bann. Der rühmte sich ständig seiner Freundschaft mit Mary. Eines Tages unternahm er an ihrer Seite einen Ausritt in die Ebene, die sich draußen vor dem Camp ausbreitete. Das brachte Pedro Morgan, einen kleinen schmächtigen Kerl, gegen ihn auf. „Die Weiber sind doch alle gleich“, bemerkte er mit einem vielgahenden Lächeln. „Was soll das heißen?“ fragte Sine Burkey aufgeregt. „Nichts weiter, als daß das kleine Schreibmaschinistinnenmädchen ebenso wie jeder andere im Camp weiß, wer das meiste Geld besitzt“, entgegnete Morgan. Sine Burkeys Blick nahm einen drohenden Ausdruck an.

„Pedro Morgan, wenn du nicht so ein Waschappen von Kerl wärest, würde ich dir für deinen Hohn die Knochen im Leibe zererschlagen.“ Pedro Morgan hielt es für das beste, seine Worte zurückzunehmen. Die Sache wurde vergessen. Am nächsten Morgen fand das junge Mädchen, daß es bis zum Tage der Rückreise der Kameelpost unmöglich alle Arbeiten erledigen könnte. Sie schien mißgestimmt und entschloß sich schließlich, weitere 14 Tage im Camp zu verbleiben. Die Miner hielten eine Beratung ab und sandten schließlich Sine Burkey zu der jungen Schreibmaschinistin, der ihr erklären sollte, daß die Aufträge garnicht von großer Wichtigkeit wären, und daß sie deshalb keine Rücksicht zu üben brauche. Auf Sine Burkeys Klopfen lud ihn von drinnen eine fröhliche Stimme ein, näherzutreten. In ihren Stuhl zurückgelehnt, nahm sie die Botschaft der Miner, die Sine Burkey nur stoßend von den Lippen kam, entgegen. „Ich kann es aber mit meinem Pflichtgefühl nicht vereinbaren, meine Arbeit unvollendet zu lassen“, gab sie zur Antwort. „Es ist doch aber nicht Ihre Schuld, daß Sie nicht rechtzeitig fertig geworden sind.“ „Doch, mich allein trifft die Schuld“, entgegnete sie. „Wenn ich nicht im Camp spaziergeritten wäre, dann hätte alles zur rechten Zeit fertig sein können.“ Sine Burkey befand sich in einer verzweifelten Situation. Er konnte ihr doch unmöglich sagen, daß die Briefe nur geschrieben waren, um ihr eine Beschäftigung zu geben. Die Miner freuten sich natürlich im stillen, als sie vom Entschluß Mary Eagers hörten. So gingen die Tage vorbei. Ein Umstand, der allen Minern unangenehm auffiel, war, daß Mary Eager mehr und mehr in der Gesellschaft des alten Rufes Bann gesehen wurde. Aus welchem Grunde sich das junge Mädchen für den alten Bann so sehr interessierte, vermochte sich keiner zu erklären. Eine Zuspikung erfuhren die Dinge eines Abends, am Tage vor der Abreise Mary Eagers. Die Miner saßen beinahe vollzählig in der Bar des Shantys verammelt, als ein neuer Gast von der Straße eintrat. „Habt ihr die Neuigkeit schon gehört? Rufes Bann hat sich verlobt!“ Urpflötzlich ging ein tiefes Schweigen die Runde. Die Miner blickten einander erstaunt an. Dann unterbrach Harry Denis die Ruhe. „Das ist eine Lüge. Ich glaube es nicht.“ Der Ausruf veranlaßte Sine Burkey, einzureden. „Es ist die feierlichste Wahrheit, Boys“, sagte er. „Fräulein Eager hat mir's selbst erzählt, ich wollte nur nicht der erste sein, der die Neuigkeit zum besten gibt.“ Den Minern war das Erstaunen über diese vollzogene und unwiderlegbare Tatsache deutlich vom Gesicht abzulesen. Am nächsten Morgen hatten sich kurz vor der Abreise der Kameelpost die Miner in großer Zahl vor Sine Burkeys Shanty eingefunden. Die junge Schreibmaschinistin stand, lieblich errötend, in der Mitte und redete auf Rufes Bann ein, dem es deutlich anzumerken war, wie er sich seiner Eroberung freute. Rufes selbst wollte erst seine Verbindlichkeiten im Camp regeln und in vierzehn Tagen nachfolgen. Seine Säcke mit dem angeammelten Goldstaub nahm die junge Braut mit, damit sie vorher in klingende Münze umgewandelt werden konnten. Als Miß Mary sich in den Sattel schwang, da vergaßen die Miner ihre Eifersucht und gaben ihr ein brausendes Hoch auf den Weg. Am nächsten Morgen ritt ein „Trooper“ in das Lager. „Ist hier im Camp ein Fremder eingetroffen?“ fragte er. „In den letzten sechs Monaten hat sich hier kein Fremdling blicken lassen“, antwortete einer der Miner. „Ausgenommen das kleine Schreibmaschinistinnenmädchen.“ „Wie sah denn das Mädchen aus?“ fragte der Trooper. „Kleine Figur, braunes Haar, jung und hübsch. Sie ist gestern mit der Kameelpost wieder abgereist.“ Das Benehmen des Troopers wurde aufgeregt. „Ich glaube, das ist der Mann, den ich suche“, sagte er. „Wer ist es?“ donnerte da eine Stimme. Sie gehörte Rufes Bann. „Was soll das heißen?“ „Nichts weiter, als daß euch einer der geriebensten Gauner Australiens seinen Besuch abgestattet hat. Das Schreibmaschinistinnenmädchen ist seine beliebteste Rolle. Und wenn er

euch beschwindelt hat, dann tröstet euch: ihr seid weder die ersten noch die einzigen.“ Ein Ausdruck des Erstaunens legte sich auf die Gesichter der Miner. Als aber die humoristische Seite des Ereignisses in ihnen aufdämmerte, rang sich ein nicht endenwollendes Gelächter von ihren Lippen. Nur Rufes Bann schwieg. Er wollte erst wütend losplätzen, wendete sich dann jedoch um und zog sich in die Einsamkeit seines Zeltes zurück.

## Wannigfaltiges.

(Die erste Vorstellung im königlichen Opernhaus zu Berlin.) Das Berliner Opernhaus schließt, um von Grund aus umgebaut zu werden, am 30. April auf lange Zeit seine Pforten. Am 30. April findet die letzte Vorstellung statt. Da ist ein Rückblick auf die erste Vorstellung innerhalb seiner Mauern wohl nicht ohne Interesse. Am 1. Dezember 1742 wohnte König Friedrich der Große der ersten Probe in dem noch unfertigen Hause bei, und mit der größten Spannung erwartete ganz Berlin den Tag, an welchem endlich die erste Oper aufgeführt werden sollte. Die Gerüste standen noch um das ganze Gebäude herum, der vordere Teil mit dem Konzertsaal war noch nicht einmal im Rohbau vollendet. Alles machte den Eindruck des Unvollendeten, der wüste Platz ringsum war mit Baumaterialien aller Art bedeckt. In den Logen standen statt der Stühle rohgezimmerte Bänke, eine zeltartige Verhüllung aus Leinwand diente vorläufig als Decke. Am 7. Dezember abends 7 Uhr wurde das Opernhaus durch die Aufführung der Graun'schen Oper „Cäsar und Kleopatra“ eröffnet. Friedrich der Große hatte bestimmt, daß die ganze Generalität und alle Kriegsbeamten sich im Parterre einfänden sollten, in welchem nur vorn, dicht hinter dem Orchester, zwei Reihen Lehnstühle für den König und den Hof standen. Die Logen in den beiden Rängen waren für die Minister und übrigen hohen Beamten bestimmt, während zum dritten Range Einwohner der Stadt Zutritt fanden. Die Parterrelogen hatte man den in Berlin weilenden vornehmen Fremden eingeräumt, nachdem ihnen durch Hofjuristen Billets zugestellt worden waren, ein Brauch, der sich auch unter späteren Regierungen erhielt. In den äußersten Logen des dritten Ranges nächst der Bühne waren die Trompeter und Pauer der Garde du Corps und des Regiments Gensdarmes aufgestellt, die beim Eintritt des Königs und am Ende der Oper Tusch bliesen. Auf dem Proszenium, rechts und links zu beiden Seiten der Bühne, standen zwei Grenadiere der Potsdamer Garde mit Gewehr bei Fuß, die in jedem Zwischenakte abgelöst wurden. Scham um fünf Uhr wurden die Türen geöffnet. Die Militärpersonen mußten im Paradeanzuge, die Zivilbeamten und Damen in der Hoftracht erscheinen; sogar bei den Besuchern des dritten Ranges sah man auf eine sorgfältige Toilette. Der König trat durch die Parterretür links neben dem Orchester ein, grüßte bei dem Tusch das Publikum und setzte sich sofort auf seinen Armstuhl. Graf Gotter stand als Intendant der Schauspiele hinter seinem Stuhle und gab dem wartenden Kapellmeister das Zeichen zum Beginn der Ouvertüre, sobald der Monarch sich gesetzt hatte. Die Königin und die Prinzessinnen befanden sich in der königlichen Mittelloge, alle Anwesenden empfingen den König stehend. Das Orchester dirigierte Kapellmeister Graun in einer weißen Mönche-Perücke und rotem Mantel am Flügel, einen gleichen Mantel trug auch der Konzertmeister Benda. Am Flügel standen zunächst zwei Theorbisten, der Harfenist und zwei Violoncelli, die zusammen nach damaliger Sitte die Rezitation begleiteten. Dann folgten im Halbkreise die übrigen Instrumente. Die Dekorationen und Kostüme für die beiden ersten Opern kosteten nicht weniger als 210 000 Taler — nach heutigem Geldwerte etwa anderthalb Millionen Mark. Die Beleuchtung verschlang in den beiden ersten Jahren durchschnittlich jeden Spielabend 271 Taler. Den Berlinern machte die erste Aufführung im Opernhause mit ihrer nie vorher gesehenen Großartigkeit und Pracht einen ganz gewaltigen Eindruck.

(Über einen geheimnisvollen Selbstmord) wird aus Halle berichtet: In einem dortigen Hotel vergifteten sich in der Nacht zum Mittwoch ein etwa 50jähriger Herr und seine 25jährige Tochter mit Ljöl. Die Lebensmüden hatten sich fälschlich als Kaufmann Wilhelm Burger aus Berlin und Tochter ins Fremdenbuch eingetragen. Das Mädchen ist tot, der Vater liegt im Sterben.

(Keine Genickstarre im Salzlammergut.) Gegenüber auswärtig verbreiteten Gerüchten, daß in einzelnen Gegenden Salzburgs, und namentlich im Salzammergut, Fälle von spinaler Kinderlähmung oder Genickstarre vorgekommen seien, wird amtlich festgestellt, daß im ganzen Kronlande in diesem Jahre kein einziger Fall dieser Krankheit vorgekommen ist.

## Humoristisches.

(Troßdem.) „Mein Sohn“, sagte der Millionär, „Ehrlichkeit ist die beste Politik!“ — „Das kann wohl sein“, erwiderte der Jüngling, „aber es ist doch merkwürdig, daß du es trotzdem so weit gebracht hast!“ (Auf dem Standesamt.) „Wie vergnügt der Bräutigam ausseht! Ist es nicht eine Herzensfreude, einen angenehmen Ehemann so strahlend glücklich zu sehen?“ — „Das ist ein kleiner Irrtum! Der Herr, den Sie meinen, ist nicht der Bräutigam, sondern ein Freund von ihm, dem die Braut vor einem halben Jahre einen Korb gab!“

**Polizeiliche Bekanntmachung.**

Es empfiehlt sich im Interesse der Beschleunigung und der Vermeidung von Rückfragen, daß die Kraftfahrzeugbesitzer die Anträge auf Erteilung der Zulassungsbescheinigungen bei dem Herrn Regierungs-Präsidenten in Marienwerder nach dem Formular zur Ausführungs-Anweisung stellen.

Die Formulare sind bei der Hofbuchdruckerei von Kanter in Marienwerder erhältlich.

Thorn den 18. April 1910.

Die Polizei-Verwaltung.

**Königl. Gewerbeschule Thorn.**

Abteilung Haushaltungs- und Gewerbeschule für Mädchen.

Einmach-Kursus.

Dauer: Mitte Mai bis Mitte September, wöchentlich Freitag von 3-7 Uhr.

Einmachen von Fleisch, Gemüse und Obst auf verschiedene Art und mit den Apparaten von Wed und Reg.

Preis 20 Mark; Beginn am 6. Mai.

Anmeldungen täglich von 10-11 Uhr an die Vorsteherin L. Staemmler.

**Photographie**

Kodak-Apparate, Kodak-Films, Kodak-Papiere sowie sämtliche Kodak-Artikel empfehlen

**Anders & Co.,**  
Gerberstr. 33/35.



**Obstbäume und Obststräucher**  
Alleebäume, Nadelhölzer  
M. Tempin, Baumzüchter, Giffonitz-Straße, Thorn.

reines Schweinefett, 80 Pfg.,  
Delikates Bratenfett, 80 Pfg.,  
feines Speise-Bratenfett, 70 Pfg.,  
Pflanzenfett, 60 Pfg.,  
Bestes Bratfett, 50 Pfg.,  
Cora-Palmbutter, 60 Pfg.,  
Manna in Tafeln wie Palmöl, 65 Pfg.,  
Palmöl, 75 Pfg.

**Pflanzen-Margarine.**  
Marke Melita, 70 Pfg.

Diese Ware ist derjenigen, welche anderwärts mit Zugaben zu 90 Pfg. verkauft wird, mindestens ebenbürtig.

Siegerin wie Molkereibutter, 80 Pfg.,  
Mohra wie Landbutter, 70 Pfg.,  
Palmato-Pflanzenbutter, 70 Pfg.,  
ff. Tafel wie Gebirgsbutter, 62 Pfg.,  
Haushalt wie Kochbutter, 60 Pfg.,  
Luna wie Badbutter, 50 Pfg.

**Margarine-Versand-Spezial-Geschäft**  
Bachstraße 2, Ecke Breitestr.

**Speichen und Felgen,**  
fertige Naben, Eichen-, Rotbuche- u. Birkenbohlen empfiehlt preiswert

**Carl Kleemann,**  
Thorn-Möcker,  
Fernsprecher 202 — Fernsprecher 202.  
Ein Herr als Mitbewohner (auch bei Pension) v. 1. 5. gef. Neust. Markt 18, 2

**Herm. Lichtenfeld**

Elisabeth-, Ecke Strobandstrasse.

**Zur Saison**

empfehle in bekannt reellen Qualitäten zu äusserst billigen festen Preisen:

**Unterkleider**

in Makko- und Netzgewebe, für Herren, Damen und Kinder in allergrösster Auswahl.

**Strümpfe u. Socken,**

schwarz, lederfarbig und andere Farben, glatt und durchbrochen, in allen Grössen und Preislagen.

**Damenblusen**

in weiss, schwarz und farbig, solide geschmackvolle Dessins, von 1 Mk. bis 9 Mk.

**Unterröcke**

in hübscher moderner Ausführung, aus Piqué, Velour, Waschstoff, Moiré, von 1,50 Mk. bis 12 Mk.

**Kinderkleider**

für das Alter von 1-12 Jahren, aus Barchent, Cheviot, Sammet, Mousselin.

**Russenkittel**

für Kinder von 2-5 Jahren, in sehr hübschen neuen Ausführungen, von 1 Mk. bis 5 Mk.

**Schürzen**

für Damen und Mädchen in grösster Auswahl, Kimono, Reform, Mieder, Tee und Tüdel.

**Wäsche**

für Herren und Damen, besonders preiswert, in grosser Auswahl.

**Kinder- und Erstlings-Wäsche**

in jeder Preislage.

**Handschuhe,**

gutsitzend, in sehr grossem Sortiment.

**Korsetts u. Korsett-Taille „Inno“,**

in allen Breiten und Preislagen.

**Sweater,**

auch mit passenden Höschen, in rot, marine, weiss, praktische Bekleidung für kleine Knaben.

**Taschentücher,**

mit Hand gestickt. Buchst. von A bis Z, sowie reizende Neuheiten in seidnem Battist mit bunten Kanten, von 1,80 Mk. per Dtzd. an.

**Oberhemden,**

bunt und weiss.

**Kragen und Manschetten**

in neuen hübschen Dessins und Formen.

**Damengürtel, ● Wäschekragen,**

**Selbstbinder, Vorsteckschleifen,**

**Untertaillen, ● Regenschirme.**

Nachstehende Artikel verkaufe räumungshalber bedeutend unterm Preise:

**Steppdecken, Kinderwagendecken,**

**Damengürtel „Partie“,**

früherer Preis bis 3 Mk.

**Serie I, II, III,**

jetzt 25, 50, 75 Pfg. per Stück zum Aussuchen.

Meine  
**Musik-Instrumenten-Fabrik**  
nebst  
**Instrumenten- und Saitenhandlung**  
befindet sich jetzt in meinem Hause  
**Culmerstr. 13, 1. Et.**  
und verkaufe fortab  
**jämmtliche Waren**  
10 bis 15% billiger wie bisher,  
in derselben guten Qualität.  
**F. A. Goram, Musik-Instrumentenfabrikant.**  
Telephon 505.

**Keine teure Butter**

brauchen Sie im Haushalte mehr zu verwenden. Nehmen Sie an deren Stelle die feine

**Pflanzenbutter-**  
Margarine, Marke

**Cocosa**

Sie gleicht feinsten Naturbutter im Aussehen und Geschmack, ist wie diese für Tafel und Küche verwendbar, aber wesentlich billiger.

Bestandteile: Das Fruchtmilch der Cocosnuss (Cocosin), Milch und Eigelb.

Ueberall erhältlich!

Alleinige Fabrikanten:  
**Jurgens & Prinzen, G. m. b. H. Goch (Rhld.)**

**Die Freude**  
jeder Hausfrau ist die  
**Dampfwaschmaschine**  
System „Krauss“,  
welche die Wäsche  
in der halben Zeit  
kocht und gründlich reinigt.

Mit Rücksicht auf die Schonung der Wäsche sind 75 % Ersparnis nicht überschätzt.

Das Drehen kann ein Kind verrichten. Vorrätig bei  
**Emil Knitter, Thorn, Altstadt. Markt 36.**

**Fr. Strehlau, Thorn,**  
Telephon 414. Coppernitusstr. 15, Telephon 414.  
**Spezialgeschäft für Molkereigeräte.**

Empfehle mein großes Lager in  
**Milch-Transportkannen,**  
Kühler, Misch- und Melkmaschinen, Sähenständer, Milchleihen, Gummiringe, Buttermaschinen und Separatoren. Gebe leihere auf Probe und unter langer Garantie. Reparaturen an allen Milchgefäßen werden sachgemäß und schnell ausgeführt.

Ferner verzinkte Badewannen: Schaufel-, Spiritus- und Schwannen, Stalleimer, Futterschwinger, Samen- und Düngerfreumulden.

Großes Sortiment in **Rutsch- und Stall-Laternen.**

**Bauklemmerei und Bedachungs-Geschäft.**  
Holzement-, Schiefer-, Zink- und Rappdach werden unter langjähriger Garantie sachgemäß ausgeführt, sowie alle vorkommenden Zinkarbeiten an Dächern, Rinnen usw.

Telephon 414. Coppernitusstr. 15. Telephon 414.

**Irrigatore**

sowie Ersatzteile, Klystierspritzen, Krankenkissen und Bettelinge Stoffe empfiehlt  
**Erich Mueller Nachfolger.**

**Zugleich Antwort auf viele Anfragen.**  
**Dom. Wiesenburg**  
bei Thorn  
nimmt Bestellungen zur täglichen Lieferung von frischer Milch an.  
Auf Wunsch wird mittags ermolkene Milch nachmittags ausgefahren.

**Revisionsbücher**  
für Bierdruckvorrichtungen  
mit der Polizei-Berordnung für den Biergerungsbezirk Marienwerder  
Stift 1 Mark  
zu haben in der  
**C. Dombrowski'schen Buchdruckerei,**  
Thorn, Katharinenstr. 4.

**Carl Schultz'sches Malz-Extrakt**  
keimfrei, Gesundheitsbier mit und ohne Eisen empfiehlt  
**E. Szymanski,**  
Windstr. 4.  
Fernsprecher 312.

**Belz- und wollene Sachen**  
werden den Sommer über gegen Feuer und Wottengefahr angenommen.  
**O. Scharf.**

**Breslauer Haasebier,**  
helles Lagerbier,  
flaschenreif, engl. Porter,  
Elbinger Malzbier (Bekomm)  
Carl Schultz'sches Malzextrakt  
mit Eisenzusatz, keimfreies Gesundheitsbier  
ärztlich empfohlen, empfiehlt  
**A. Kirmes, Fernsprecher 236.**

**Ungarwein (Riesling),** 1,50 Mk.  
**Medizinal-Ungarwein,** 1,60 Mk.  
empfehlen  
**Isidor Simon, Altstadt. Markt 15.**

**Schlemmkreide,**  
3 Kronen-Marke,  
offerieren billigt frei Bewer-  
dungsstelle oder ab Lager  
**Gebr. Pichert, G. m. b. H.,**  
Schloßstraße.

**Wohnungsangebote**

Möbl. Zim. v. v. Coppernitusstr. 27, 1.  
Möbl. Zimmer mit separ. Eingang für Damen zu verm. Mittagstisch im Hause. Junkerstr. 6, 2 Tr.

**Ein gut möbl. Zimmer**  
mit auch ohne Pension zu haben  
Breitenstr. 16, 1 Tr. v.

Möbl. Wohnung Junkerstr. 6, 1.  
Gut möbl. Zim. m. a. ohne Pension zu haben Breitenstr. 16, 1 Tr. v.

Elegant möbliertes freundl. Wohn- und Schlafzimmer, nach vorn gelegen, vom 1. 5. zu vermieten  
Coppernitusstr. 19, Laden.

Gut möbl. Zimmer sofort oder 1. Mai zu vermieten  
Vaderstr. 28, 1.

1 gut möbl. Vorderz., auch m. Kab. u. 1 Sof. zu verm.  
Strobandstr. 1.

Möbl. Zimmer an Dame sofort zu verm.  
Coppernitusstr. 5, 2 Tr.

Ein Zimmer und Küche vom 1. Mai zu vermieten  
Strobandstr. 24.

Möbl. Zim. zu verm. Arbeiterstr. 3, 3.

Elegant möbl. Vorderzimmer mit sep. Eingang vom sofort oder 1. Mai zu vermieten. Zu erfr. Klosterstr. 1, 1 Tr.

St. möbl. Zim. mit Kab. zu verm. Breitenstr. 33, 2.

Mehrere möbl. Zimmer mit auch ohne Pension zu vermieten  
Breitenstr. 18, 3.

St. möbl. Zim. sofort zu vermieten  
evtl. 1. 5.

Möbl. Zimmer von sofort zu vermieten  
Gerstenstr. 8, 2 Tr.

Gut möbl. Vorderzimm., sep. Eingang sofort zu verm. Paulinestr. 2, p.

2 eleg. möbl. Zimmer, teilt u. klar vierbenutzung  
Luzernstr. 12, 1 Tr.

Freundl. möbl. Zimmer an anst. Herrn oder Dame zu verm. Gerstenstr. 9a, p. 1.

**Hochhermsdaffelme Wohnung**  
von 7 Zimmern, bisher von Herrn Graf v. Blücher bewohnt, verkehrsgünstig vom 1. Juli oder früher zu beziehen.  
Zu erfragen  
Gebrz. Mellienstraße 85.

**Eine leere Stube**  
am Neustädt. Markt 11 zu vermieten.  
Näheres bei  
**J. Kaitzki, Bräudenstr. 14.**

**Saubere 4-Zimmer-Wohnung**  
mit geräumigen Nebengeb. verkehrsgünstig halber per 1. Juli 1910 preiswert zu vermieten  
Mellienstr. 112, 3. Tr.